

# DAS WOHL IM BLICK



SCHWERPUNKT  
ZUKUNFT

# Wir sind vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf.

Die Menschen in unserem Land können viel mehr, als sie manchmal glauben. Das wird besonders deutlich, wenn sich viele zusammentun, um für eine Sache einzustehen. Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für über 50 Millionen Kunden da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So stehen wir mehr als drei Millionen **Mittelständlern** zur Seite. Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will, begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft. Auf die **Zukunft** ist auch die Wirtschaft in unseren **Regionen** vorbereitet, weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und füreinander-da-Sein bedeutet, unterstützen wir mit über 700 regionalen **Stiftungen** Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft für die Gemeinschaft einsetzen. Und mit mehr als **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus Überzeugung. Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt? Nach vorn! Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen und damit auch den kleinen und großen Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Uns allen wird alles glücken, wenn jeder mitmacht. Warum nicht auch Sie? Erleben Sie, dass Gemeinschaftssinn nicht nur sinnvoll ist, sondern auch glücklich macht – vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm: [www.allemgewachsen.de](http://www.allemgewachsen.de)

## Gemeinsam #AllemGewachsen

## ZUKUNFT – EIN GROSSES WORT

Sorge und Hoffnung, Angst und Vorfreude vermischen sich, wenn von Zukunft die Rede ist. Und natürlich: **Zu 100 Prozent immer positiv in die Zukunft zu blicken – das ist gerade unmöglich.**

Andererseits müssen wir uns immer wieder klar machen: **Zukunft gestalten zu wollen ist etwas sehr Grünes.** Wir waren und sind diejenigen, die sich mutig den kommenden Herausforderungen stellen. Wir sind es, die das Wohl der zukünftigen Generationen im Blick haben. Wenn man so will, sind wir wahre Zukunftsexperten. Mit diesem Heft öffnen wir den Vorhang für das neue Grundsatzprogramm.

Zukünftiges ist immer auch Resultat des Vergangenen. Deswegen möchte ich noch kurz etwas zu den ereignisreichen Monaten sagen, die hinter uns liegen und gerade für uns Grüne sehr wichtig waren. Da waren zum einen die Jamaika-Sondierungsgespräche. Die wichtigste Lehre daraus ist für mich: **Haltung zählt sich aus.** Die Menschen erkennen es an, wenn man versucht Brücken zu bauen und dabei seinen Grundsätzen treu bleibt. Denn so geht gestalten und Verantwortung übernehmen.

Und dann, wie ein Paukenschlag, unsere Bundesdelegiertenkonferenz im Januar. Damit ist uns etwas gelungen, was Seltenheitswert hat: **Wir haben einen bemerkenswerten und gut gelaunten Aufbruch in der Partei bekommen.** Mit einer neuen Vorstandsspitze, die Lust auf mehr macht!

Ein sehr wertvoller Impuls, auch angesichts des grauen Regierungsalltags, der uns mit der Neuauflage der Großen Koalition droht. Leider wurde im Koalitionsvertrag ganz schnell erkenntlich, dass der Schutz der Umwelt und des Klimas keine Rolle spielen – ein massiver Fehler. **Und so wird es unsere Aufgabe in der Opposition bleiben, auf Versäumnisse hinzuweisen.**

Gleichzeitig darf es damit nicht getan sein, wir müssen auch zukunftsweisende Vorschläge machen – **Premium-Opposition** sein, sozusagen. Dafür braucht es eine scharfsinnige Gegenwartsdiagnose – wie sie auch dieses Heft liefern soll, in dem wir unterschiedliche Stimmen zu verschiedenen Zukunftsthemen versammelt haben. Zweierlei wird beim Lesen deutlich: Viele Themen sind eng verzahnt, sie wirken ineinander. **Und: Der Rückzug auf die kleine Scholle, ins nationale Schneckenhaus, ist keine Option mehr in einer globalisierten Welt.**

Die neuen Herausforderungen sind überall: Klima – an erster Stelle –, Bioethik, Aufrüstung, neue Krisenherde, entgrenzte Finanzwelt, soziale Spaltung. **Ihnen wollen wir ins Auge sehen und gemeinsam mit dir an einem neuen Grundsatzprogramm arbeiten,** das auf der Höhe der Zeit ist. Wie der Prozess aussehen wird, auch das erläutern euch unsere neuen Vorsitzenden Annalena und Robert im großen Doppelinterview ab S. 22.

In diesem Sinne freue ich mich auf euren Input und wünsche eine anregende Lektüre,

Euer Michael





**MICHAEL KELLNER**  
Politischer Geschäftsführer



# 65.065

**Mitglieder hatten wir am 31. Dezember 2017.**

Das ist wieder ein Rekord – über 5 Prozent mehr als im Vorjahr. Besonderer Grund zur Freude: Wir werden jünger und weiblicher. Unser Wachstum geht auch 2018 weiter und das ist ein gutes Zeichen für die Politisierung der Gesellschaft. Wir freuen uns über alle, die Partei für die Demokratie ergreifen!



## Deutschlandreise

Die Bilder in diesem Magazin sind Teil der Fotoserie „Broken World“ von Veit Mette. Der Bielefelder Fotograf reist seit einem Jahr durch Deutschland und fotografiert für ihn bedeutsame Orte und Veranstaltungen. Zum Beispiel die Automassen am Potsdamer Platz in Berlin, den Ikea-Parkplatz in Bielefeld, den G20-Protest in Hamburg oder einen Windpark in Paderborn. Durch seine spezielle Technik der Mehrfachbelichtung bekommen die Aufnahmen eine ganz eigene Ästhetik, die die Brüchigkeit der Republik faszinierend visualisiert. Veit Mette ist Mitglied der Bildagentur Laif.

Das Magazin der Bundestagsfraktion

# profil:GRÜN



## GUT IN FORM

### DIE NEUE FRAKTION



Die letzten Monate waren geprägt von Ungewissheit. Nach spannenden Wahlen, gescheiterten Sondierungen und pragmatischen Koalitionsverhandlungen bleibt doch alles beim Alten. Stillstand statt Bewegung.

Berlin, 2017, Reichstagsgebäude

# „WIR SIND INNERLICH ZERRISSEN“

Der Psychologe und Bestsellerautor **Stephan Grünewald** erforscht seit zwanzig Jahren das Gefühlsleben der Deutschen. Ein Gespräch über gewollten **Stillstand**, die Kraft von **Visionen** – und darüber, warum wir uns nicht vom Smartphone wecken lassen sollten.

INTERVIEW: CHRISTOPH CADENBACH

## Herr Grünewald, was sind die drängendsten Wünsche der Deutschen im Jahr 2018?

Einerseits gibt es den Wunsch nach einem echten Aufbruch, nach Visionen und neuem Schwung in der Politik. Gezeigt hat sich dieses Gefühl zum Beispiel in der Hoffnung, dass es mit einer Jamaika-Koalition klappt. Wir Deutschen schauen ja mit neidvollem Blick nach Frankreich, weil dort Macron so einen Aufbruch personifiziert. Andererseits gibt es immer noch eine große Sehnsucht nach Stabilität. Dafür steht Merkel. Dafür steht die GroKo. Symptomatisch für unsere Zeit ist diese innere Zerrissenheit.

## Was haben Sie in Ihren Studien abseits der Politik über die Alltagswünsche und -sorgen der Deutschen gelernt?

Die Menschen sehen, dass die Wirtschaft wächst und die Arbeitslosigkeit sinkt. Gleichzeitig haben sie Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Sie stehen jeden Tag stundenlang im Stau. Ein bewegendes Thema ist auch die Situation an den Schulen: die marode Bausubstanz, der Ausfall von Unterrichtsstunden. Und manche haben das Gefühl, dass sie sich in einigen Stadtvierteln nicht mehr sicher bewegen können; in meiner Heimatstadt Köln am Ebertplatz zum Beispiel.

## Wären diese konkreten Probleme gelöst, wären die Menschen dann zufriedener?

Frei nach Goethe ist ja nichts schwerer zu ertragen als eine Reihe von guten Jahren. Deutschland steht sehr erfolgreich da – und ein Großteil der Bevölkerung denkt, die Zukunft kann nur schlechter werden. Deswegen haben wir die Tendenz zum Weiterso, zur Stabilität. Auch weil wir keine Vorstellung haben, wie eine bessere, vitalere Zukunft

aussehen könnte. Nach mehr als zwölf Jahren Merkel gibt es keine politische Vision, an die wir glauben können, sondern nur die Hoffnung, dass diese erfolgreiche Zeit so lange es geht anhält.

**Wodurch sehen die Menschen diesen Erfolg bedroht?** Durch Globalisierung und Digitalisierung zum Beispiel. Die Deutschen haben das Gefühl: Da braut sich was zusammen. Auch die Flüchtlingskrise hat Zukunftsängste angeheizt. Wir haben vor zweieinhalb Jahren dazu eine Studie gemacht. Viele unserer Interviewpartner hatten Sorgen, dass die Integration schwierig und teuer wird. Aber es gab auch weniger rationale Ängste. Ich spitze jetzt mal zu: Während wir Deutsche eine saturierte Wohlstandsgesellschaft mit einer Vollkaskotalität verkörpern, die visionslos und risikoscheu agiert, werden die Flüchtlinge als Menschen wahrgenommen, die noch Träume haben. Die todesmutig sind und kein Risiko scheuen. Die eine ungeheure Power ins Land bringen, die – wie die Silvesternacht in Köln gezeigt hat – auch zerstörerisch sein kann. Viele Menschen haben

sich unbewusst gefragt: Wen liebt Mutter Merkel wirklich? Die eigenen Kinder oder die fremden?

**Vor jeder Bundestagswahl untersucht Ihr rheingold Institut das Gefühlsleben der Wähler. 2017 machten Sie und Ihre Kollegen dabei eine einmalige Erfahrung: Noch nie hätten Sie so viele wütende Personen getroffen, berichteten Sie. Woher rührte diese Wut?** Die hat viele Quellen: Die Breiigkeit der Politik, dass also kaum noch Unterschiede zwischen den Parteien und ihren Positionen wahrgenommen wurden. Dann die innere Zerrissenheit in der Flüchtlingsfrage, die von der Politik nicht behandelt wurde. Und dann gibt es noch die Wut, die vielleicht auch mit den Grünen zusammenhängt. Wir beobachten immer wieder, dass viele Menschen das Gefühl haben, das sogenannte Establishment blicke naserrümpfend auf ihre Lebensgepflogenheiten. Auf das Fleisches- und Alkoholtrinken, das Rauchen, Diesel-

tanken und RTL II-Gucken. Wir erleben einen gesellschaftlichen Erosionsprozess: Der sogenannte kleine Mann sieht sich nicht mehr von der Politik vertreten, wie in den Siebzigerjahren vielleicht noch, sondern spürt, dass sich die Politik von ihm distanziert.

## Wie können Politiker der Zuschreibung entgegenwirken, sie seien Teil einer abgehobenen Elite?

Vielleicht kann man das an der Causa Martin Schulz erklären. Seinen rasanten Aufstieg verdankte er ja seiner Volksnähe. Er kam aus Brüssel und füllte die Vätervakanz, die wir seit Mutti Merkel haben. Er galt als prinzipienfest, durchsetzungsstark und war dem Verdacht erhaben, elitär zu sein, weil er kein Abitur gemacht hatte und alkoholsüchtig war. Doch dann mutierte er erst zum Leierkastenonkel, der gebetsmühlenartig sein „Wir schaffen das“ wiederholte, und dann, mit der Aufnahme der Sondierungsgespräche zur GroKo, zum Wackelpeter, der nur sein eigenes Wohl, das Außenministerium, im Blick hat. Die Menschen wünschen sich aber Politiker, auf die sie sich verlassen können, die eine klare Botschaft haben.

„Deutschland steht sehr erfolgreich da – und ein Großteil der Bevölkerung denkt, die Zukunft kann nur schlechter werden.“

## „Der Grad der Erschöpfung wird zum Produktivitätsmesser der Menschen. Ich nenne das: besinnungslose Betriebsamkeit.“

**Was kann man noch dafür tun, dass die Wut nachlässt?** Debatten und Streit zulassen, denn sie kultivieren die Wut. Die Homoehe zum Beispiel wäre sicherlich auch Realität geworden, wenn Politik und Gesellschaft darüber drei Monate im Wahlkampf diskutiert und gestritten hätten. Aber wenn wir solche Themen aus falsch verstandener Toleranz und Bequemlichkeit einfach durchwinken und damit als alternativlos erscheinen lassen, dann wirken wir zwar äußerlich wie eine liberale Gesellschaft, im Inneren gibt es aber keine Akzeptanz und keine Versöhnung, weil die Menschen das Gefühl bekommen, an der Entwicklung des Landes nicht beteiligt zu sein.

**Sie haben in diesem Gespräch schon ein paar Mal bemängelt, dass die Politik es nicht mehr schafft, eine verbindende, identitätsstiftende Vision zu entwerfen. Wie könnte die aussehen?** Es gab ja mal den Ansatz, Deutschland zum Vorreiter in Umwelttechnologien zu machen, also die Innovationskraft zu nutzen, um eine lebenswerte Umwelt zu bewahren. Vom Weltzerstörer, wie im vergangenen Jahrhundert, zum Weltretter. Aber wenn man sieht, wie die neue GroKo die Klimaziele auf Eis gelegt hat, merkt man, dass diese Vision, zum Vorreiter in Umwelttechnologien zu werden, wenig Schubkraft hat.

**Politiker, die diese Vision voranbringen wollen, stehen schnell im Verdacht, elitär zu sein und die wahren Probleme der Menschen zu übersehen.** Wer Innovationsführer sein will, muss investieren, und das schafft Arbeitsplätze. Das ist nicht das Problem. Seit der Wahl von Donald Trump sind die Deutschen ohnehin sensibel für Klimapolitik. Was den Grünen vorgeworfen wird, ist, die großen Ziele aus dem Blick verloren zu haben. **Die langwierigen Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen haben ein Gefühl gespiegelt, das Sie in Ihrem letzten Buch beschreiben: „Die erschöpfte Gesell-**

**schaft“. Warum scheinen wir so oft am Ende unserer Kräfte zu sein?** Weil wir stolz darauf sind. Früher waren wir nach einem Arbeitstag stolz, ein Werk verrichtet zu haben, zum Beispiel einen Tisch gebaut zu haben. Heute ist der Mensch während seiner Arbeit an so vielen parzellierten Prozessen beteiligt, dass er am Ende des Tages gar nicht weiß, was er gemacht hat. Er hat nur das Gefühl: Da war sehr viel – Telefonate, E-Mails, Abstimmungen. Zum Produktivitätsmesser avanciert sein Grad der Erschöpfung. Ich nenne das: besinnungslose Betriebsamkeit. **Wie gelingt Entschleunigung?** Indem wir uns Pausen verabreichen, unverplante Zeit zulassen. Wir brauchen wieder Mut zum Müßiggang. Ein Beispiel ist das morgendliche Weckritual. Die meisten Menschen lassen sich heute mit dem Smartphone wecken – und sehen dann sofort, wie viele E-Mails und Nachrichten angebrandet sind. Sie werden sprichwörtlich aus dem Schlaf gerissen, dabei ist Schlafen ein höchst schöpferischer Zustand. Wenn wir träumen, sind wir in einer besinnungsvollen Unbetriebsamkeit. Träume geben uns eine Idee davon, wie anders unser Leben sein könnte. Dem sollten wir auch nach dem Aufwachen noch etwas Raum geben.

**Woher soll die alleinerziehende Mutter den Mut und vor allem die Zeit für Müßiggang nehmen?** Natürlich ist das ein Problem, das auch in der Arbeitswelt gelöst werden muss, wo oft ein falsches Produktivitätsideal gilt. Arbeitgeber sollten erkennen, dass ihre Mitarbeiter wertvoller sind, wenn sie regenerieren. Aber wir erleben in unseren Studien oft, dass die Menschen auch die wenigen freien Momente, die sie haben, zupflastern. Für manche ist der Sonntag der schlimmste Tag der Woche, weil sie da intensiv mit sich selbst konfrontiert werden. **Sie sind Geschäftsführer, Buchautor, Talkshowgast, Familienvater. Wie gelingt Ihnen Entschleunigung im Alltag?** Indem ich ab

und zu mal krank werde. Nein, Spaß beiseite: Ich versuche alle paar Jahre ein Buch zu schreiben. Das bringt mich in einen Besinnungszustand. In unserem Institut haben wir eine einstündige Mittagspause verordnet, jeden Tag von 13 bis 14 Uhr. Erst essen wir gemeinsam und dann spielen wir an einem Tischkicker. Das ist eine schöne motorische Dekompression. Und ich habe mir gerade eine Couch für mein Büro angeschafft, auf der ich mittags kurz schlafen kann.

**Kennen Ihre vier Kinder das beruhigende Gefühl der Langeweile?** Wir versuchen es ihnen manchmal aufzuzwingen. Mein jüngerer Sohn ist zwölf und ich beobachte natürlich, dass er an seinem Smartphone hängt, sobald er eine freie Minute hat. Deshalb gilt bei uns die Regel: Abends ab 22 Uhr müssen die Dinger abgestellt und dürfen nicht mit aufs Zimmer genommen werden.

**Wie kann der Politikbetrieb besinnlicher werden?** Indem sich Politiker von Twitter und der Demoskopie emanzipieren. Die Parteien sollten nicht ständig auf Umfragen schauen und versuchen, so den vermeintlichen Volkswillen festzumachen. Das führt dazu, dass niemand mehr grundsätzlich darüber nachdenkt, wo es hingehen soll. Wie Deutschland gestaltet werden könnte. Aber der Wähler wünscht insgeheim genau diese inhaltliche Führung. Man könnte auch sagen: eine Vision.

**Und wie kriegt man Politiker dazu, weniger zu twittern?** Das wird nicht über Verbote funktionieren. Vielleicht muss ein Politiker stilbildend sein. Sich lieber einmal die Woche zu Wort melden als alle paar Minuten – um dann die inhaltlich dicken Linien zu ziehen.

### STEPHAN GRÜNEWALD

ist Psychologe und Mitbegründer des rheingold Instituts. Jedes Jahr führt er mit seinem Team mehr als 5.000 Tiefeninterviews zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen. Seine Bücher „Deutschland auf der Couch“ oder „Die erschöpfte Gesellschaft“ wurden zu Bestsellern.

Ökologie gehört in den Vordergrund. Denn Umweltschutz ist sichtbar: Sauberere Gewässer, grüne Wälder, lebendige Landschaften. Aber auch neue Infrastruktur ist notwendig. Gut zu wissen: Zwei Drittel aller Deutschen haben zum Beispiel nichts gegen ein Windrad in ihrer Nachbarschaft.

Bielefeld, 2017, Windrad

# EUROPA, MON AMOUR

In welcher **Nachbarschaft** wollen wir leben? Die Politikwissenschaftlerin und EU-Expertin **Ulrike Guérot** träumt von einem Europa, das gleiche Rechte für alle schafft und **Identität** stiftet wie eine Nation – ohne dabei die **Vielfalt** zu verneinen.

Wirkliche Liebe sticht, sie ist tückisch, hat Verwirrungen und Verfehlungen, sie ist wahnsinnig obsessiv, tut weh, denn sie darf eigentlich nicht sein. Wahre Liebe lebt man nicht, kann man nicht leben, denn sie ist eigentlich unerträglich, die permanente Oper, wer will das schon?

So ähnlich kommt mir das mit meiner Liebe zu Europa vor: Europa, mon Amour, der alle meine Sehnsüchte gelten. Europa scheint stets unerreichbar, scheut sich, mit mir zusammen ans Tageslicht zu treten, lässt sich immer verleugnen, macht immer Theater. Aber loslassen kann ich eben auch nicht, füllt diese Liebe doch mein Leben aus, macht es interessant, ist die Flamme, die mich nach vorne treibt, mich spüren lässt, meinem Leben einen Sinn gibt. Vor allem dann, wenn diese tumben Kerle überall wieder auf den Plan treten und mich umgarnen, mit ihren pomadegescheitelten Köpfen und ihrem politischen, gähnenden Pragmatismus. Dann vor allem sehne ich mich nach Europa, mon Amour, nach seiner Echtheit, Schönheit und Kultur.

Genug Gesäusel, ich kann auch anders, konkret, pragmatisch und beginne doch mit einem Traum:

Ich träume von transnationalen Listen bei der EU-Wahl 2019. Das ist der Sprung in die gemeinsame europäische Demokratie. Warum? Ein Beispiel: Wir wurden zur Deutschen Nation, weil wir 1867 gleiche und geheime und direkte Wahlen eingeführt haben. Das hat uns zu Deutschen gemacht. Deshalb: One Person, one Vote. Und dafür brauchen wir transnationale Listen. Transnationale Parteien sind eine ganz wichtige Stellschraube für die Verrechtlichung von gleichen

und geheimen Wahlen. Aber ich habe noch mehr Träume, größere, wildere. Wie wäre ein Prozess, über die nächsten zehn bis 20 Jahre, der uns Bürger in unseren existenziellen Rechten gleichstellt? Das wäre eine Perspektive! Gleiches Wahlrecht, gleiches Steuerrecht und auch gleiche soziale Rechte in ganz Europa. Konkret heißt das: Ein Euro, eine IBAN-Nummer und eine europäische Sozialversicherungsnummer. Wir könnten von Barcelona nach London nach Warschau nach Brüssel reisen und dort arbeiten, ohne uns ständig darüber Gedanken machen zu müssen, wer gerade welche Sozialrechte hat. Das wäre der Durchbruch zu einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Tatsächlich glaube ich, dass ist machbar. Der Euro durchlief auch einen Prozess: Wir haben erstmal von einer gemeinsamen Währung geträumt, das war 1970. Dann kam 1992 der Euro mit dem Vertrag von Maastricht durch die Tür der Geschichte. 2002 wurde er schließlich eingeführt. Aber nicht, weil wir rechts und links darüber diskutiert haben, sondern weil wir einen Vertrag gemacht haben. Den Vertrag setzten wir auf eine Zeitschiene, von 1992 bis 2002, und dann wurde die gemeinsame Währung mit einer Stichtagsregelung eingeführt. Dem Beispiel folgend bin ich überzeugt, dass wir auch eine europäische Sozialversicherungsnummer einführen können. Wir könnten sagen: Am 1.1.2029 bekommen wir alle eine europäische Sozialversicherungsnummer – das würde zu einer Harmonisierung im Verwaltungsbereich führen. Sie hätte eine ganz große identitätsstiftende Wirkung – gelebte Bürgerschaft für europäische Bürger! Denn im Moment reden wir immer vom europäischen Bürger, aber als Bürger sind wir national, weil wir als Bürger im nationalen Recht festsitzen.

„Eine europäische Sozialversicherungsnummer würde zu einer Harmonisierung im Verwaltungsbereich führen. Sie hätte eine ganz große identitätsstiftende Wirkung – gelebte Bürgerschaft für europäische Bürger!“

Ich betone immer wieder: Ich stelle mir keinen europäischen Superstaat vor. Ich möchte, dass wir endlich mal ernst machen mit dem was wir sagen, was Europa sein soll: Einheit in Vielfalt. Die Einheit ist dabei nur normativ, nämlich die Rechtsgleichheit, während die Vielfalt eine regionale ist. Genau wie in Deutschland Bayern nicht das Rheinland und nicht Bremen ist. Wir haben ja schon innerhalb der Bundesrepublik große kulturelle Unterschiede. Aber was

Protokoll: Julia Decker



Bunt, in Bewegung, vielfältig und offen. So wünschen wir uns eine Gesellschaft. Am buntesten ist in Deutschland die Hauptstadt Berlin. Von den gut 3,5 Millionen Einwohnern Berlins stammt ca. eine Million ursprünglich nicht aus Deutschland – sondern aus 184 anderen Staaten.

Berlin, 2017, Christopher Street Day

## HEINRICH BÖLL STIFTUNG

### NEUERSCHEINUNGEN

#### Schriften zu Demokratie – Band 48

#### «Die Orangen in Europa schmecken besser»

Über Fluchtursachen, ihre Bekämpfung und was daran nicht stimmt

Februar 2018, 148 Seiten



Es gibt viele Gründe für Migration: Verfolgung & Krieg, Armut & Hunger, aber auch das Streben nach einem besseren Leben. Diese Publikation gibt Einblicke in Prozesse, die Menschen aus ihrer

Heimat vertreiben. Es schreiben Wissenschaftler/innen aus Pakistan, Somalia und El Salvador über ihre Länder; Geflüchtete aus Syrien, Burundi und Malawi sowie Migrant/innen und Aktivist/innen aus Niger und Senegal kommen zu Wort.

Bestellung/Download:  
[boell.de/publikationen](http://boell.de/publikationen)

#### Schriften zu Europa – Band 9

#### Demokratisierung in der Europäischen Union

Studie zu einer europäischen Aufgabe

Von Christoph Möllers und Linda Schneider

Februar 2018, 104 Seiten



Die freiheitlichen Demokratien stehen unter Druck. Verschiedene populistische Kräfte versprechen Schutz und Sicherheit durch Abschottung und einen starken, autoritären Staat.

Die Europäische Union ist von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen, wie man an den Ländern Ungarn und Polen sehen kann. Diese Publikation macht anschaulich in welchem Dilemma sich die EU befindet und welche Möglichkeiten sie doch hat.

Bestellung/Download:  
[boell.de/publikationen](http://boell.de/publikationen)

[www.boell.de](http://www.boell.de)

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstr. 8, 10117 Berlin

„Heute ist der europäische Wert, um den es allzu oft geht, Sicherheit. Sicherheit ist schön und gut, aber kein Wert an sich. Auch hinter Gittern kann man sicher sein. Nur leider nicht frei. Freiheit ist überhaupt erst der Sinn der Politik.“

verbindet mich als jemand aus Düsseldorf mit den Leuten aus Rügen und München? Die normative Einheit: Ich wähle den Bundestag unter gleichen Bedingungen, ich zahle die gleichen Steuern – das macht mich zur deutschen Staatsbürgerin. Und nicht die Tatsache, dass ich in Bayern ein Dirndl trage. Insofern ist Europa die normative Einheit in kultureller Vielfalt. Es ist mein Ziel, dass wir diese kulturelle Vielfalt per se in den Regionen behalten. Gleichzeitig erweitern wir den normativen Rechtsraum und bilden eine europäische Republik. Die Identität der Regionen wird gewürdigt. Die Regionen bekämen eine größere Bedeutung. Man könnte den Regionen auch Senatoren geben, sie wären dann in einer Kammer vertreten und so an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Eine wirtschaftliche und auch kulturelle Aufwertung wäre die Folge.

Deshalb: Kein europäischer Superstaat, sondern eine europäische Gewaltenteilung, das ist etwas völlig anderes. Denn die Rechtsgleichheit allein macht keinen Superstaat! Wir behaupten ja auch nicht, dass Deutschland ein zentralisierter Superstaat ist, nur weil wir von München bis Rügen die gleiche Arbeitslosenversicherung haben. Wir haben

Rechtsgleichheit und trotzdem Gewaltenteilung und sind die Bundesrepublik. Bei all meiner Liebe und Schwärmerei für Europa möchte ich auf ein Problem hinweisen: Es findet eine Werteververschiebung statt von Europa als Friedensgemeinschaft – ich nenne es Friedenserzählung – hin zu einer Sicherheitserzählung. Wenn es momentan um Europa geht, dann wird von Abschottung gesprochen. Das generiert Angst. Heute ist der europäische Wert, um den es allzu oft geht, Sicherheit. Sicherheit ist schön und gut, aber kein Wert an sich. Auch hinter Gittern kann man sicher sein. Nur leider nicht frei. Und: Gestorben wird immer für die Freiheit, nicht für die Sicherheit. Freiheit ist ja überhaupt erst der Sinn der Politik. Und manchmal muss man eben seine Sicherheit aufgeben, um die Freiheit zu verteidigen. Das hat Sophie Scholl gemacht. Immer wenn Sicherheit zum Wert erklärt wird, ist die Freiheit in Gefahr. Das sehe ich heute als Problem im europäischen Diskurs: Weil wir so eine starke Akzentuierung auf Sicherheit haben, sind wir dabei, die Freiheit zu verspielen. Das kulturpolitische Erbe, das Werteerbe, das zivilisatorische Erbe Europas ist natürlich das Erbe der französischen Revolution – die Menschenrechte. Liberté, Egalité, Fraternité. Alle Menschen sind geboren gleich und frei in ihren Rechten. Sécurité kommt da nicht vor.

So wie die unglückliche Norma auf den Scheiterhaufen geht, weil sie Polliones Liebe nicht erreichen kann, so sind schon viele an unglücklicher Liebe gestorben. Weil es einen wirklich in den Wahnsinn treiben kann, wie sehr Europa, mon Amour sich bitten lässt, zu sein, einfach da zu sein, an meiner Seite zu sein, für immer.

#### ULRIKE GUÉROT

leitet an der Donau-Universität Krems, Österreich, den Fachbereich für Europapolitik und Demokratieforschung. In Berlin hat sie die Denkfabrik European Democracy Lab gegründet. Auch in ihren Büchern beschäftigt sie sich mit der Zukunft Europas. „Der neue Bürgerkrieg – das offene Europa und seine Feinde“ erschien 2017. Momentan hat sie eine Gastprofessur in Frankfurt inne.

# FEMINISMUS GEWINNT

Was folgt aus der #metoo-Debatte? Die Journalistin [Stefanie Lohaus](#) blickt in die Zukunft und sieht eine Welt, in der Geschlecht endlich als [Spektrum](#) betrachtet wird.

Vor nicht allzu langer Zeit, [2016](#), schallte aus allen Kanälen der Ruf: „Die Zukunft ist weiblich“. Es lag in der Luft: Mit Hillary Clinton als Kandidatin waren die Aussichten gut, dass eine bekannte Feministin erste Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika werden würde. Angela Merkel galt nicht nur als mächtigste Frau Europas, sondern vielerorts auch als „Bundeskanzlerin der Herzen“. Die Popwelt war fest in der Hand von weiblichen Showstars wie Beyoncé oder Miley Cyrus, die sich allesamt und ohne Umschweife öffentlich zum Feminismus bekannten. Überhaupt war Feminismus Trend und Verkaufsargument für allerlei Modeartikel.

Dann kam [2017](#). Clinton hatte eine tragisch-knappe Niederlage gegen Donald Trump erlitten, die Merkel-CDU bei der Bundestagswahl 7,3 Prozent Stimmenanteil verloren. Stattdessen zog die AfD – auch mit antefeministischen Inhalten – als drittstärkste Fraktion in den Bundestag ein. Der Anteil der Frauen im Bundestag ist auch dadurch von zuletzt 36,5 Prozent auf 31 Prozent gesunken. Und nun haben wir 2018 und nichts erscheint mir schwieriger als darüber zu orakeln, wie weiblich unsere Zukunft sein wird. Wir befinden uns derzeit in einer paradoxen Situation: Feminismus ist „in“ und Frauenrechte stehen – wie alle demokratischen Werte – unter Druck. Rechtspopulistische Parteiprogramme sind da eindeutig: Sie wünschen sich die Welt der 1950er-Jahre zurück. Werden sie damit erfolgreich sein?

Die Verlockung ist groß, über die vielen Stöckchen zu springen, die uns diese Kräfte hinhalten: Genderwahn-Rhetorik, Angriffe auf sexuelle Selbstbestimmung, rassistischer Pseudofeminismus. Natürlich gilt es, solche Strategien und Lügen zu entlarven. Eine

wichtige Arbeit, aber eben nicht die einzige. Denn wir leben in einer Demokratie, stellen unsere Vorstellungen von Zukunft zur Debatte, versuchen die Menschen zu überzeugen. Deswegen hier meine Vision:

[2030](#): Ausgelöst durch die legendäre #metoo-Debatte von 2017 fand ein Paradigmenwechsel in Bezug auf Sexualität, Sexismus und Gewalt statt. Eine konsensbasierte sexuelle Aufklärung ist Teil jeder Kindheits- und Jugendpädagogik. Sollte es dennoch zu Gewalt kommen, hilft ein engmaschiges Netz aus Therapeutinnen und Therapeuten und finanzieller Unterstützung – und zwar langfristig.

[2040](#): Die Forschungsergebnisse der Biologie, Medizin, Psychologie, Anthropologie und Soziologie fügen sich wie ein Mosaik zusammen. Geschlecht wird nun generell als Spektrum betrachtet. Die binäre Vorstellung von Geschlecht gilt als Hauptursache von Depression, als Korsett, das Menschen davon abhält, ihren Fähigkeiten und Interessen zu folgen. Die meisten Menschen verstehen sich immer noch als Frauen und Männer, hören aber auf, die Anteile des anderen Geschlechts in sich zu verneinen. Viele verorten sich auch irgendwo dazwischen.

[2050](#): Pflege- und Erziehungsarbeit wurde jahrzehntelang – durch das historische Patriarchat bedingt – in erster Linie von Frauen unentgeltlich oder schlecht bezahlt geleistet. Ausgelöst durch die große Care-Krise, die ausbrach, als die Baby-Boomer die Renten- und Pflegeversicherung zum Zusammenbruch brachten, wurde eine längst überfällige Reform des Wirtschaftssystems durchgeführt. Diese erkennt an, dass für-einander-Sorgen zum Menschsein dazugehört. Der neoliberale Kapitalismus gilt als

#### STEFANIE LOHAUS

ist Journalistin und Kulturwissenschaftlerin. Vor zehn Jahren gehörte sie zum Gründerinnenteam des Missy Magazins, eine Zeitschrift, die sich vor allem an ein junges, feministisches Publikum wendet. Sie ist dort noch immer Mitherausgeberin und Redakteurin. Auf ZEIT ONLINE schreibt sie Kolumnen für das Blog 10nach8. Sie ist Autorin des Buches „Papa kann auch stillen“.

gescheitert und wird abgelöst durch die participatory economy, ein neues Mischsystem aus Markt- und Planwirtschaft. Ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1500 Peace-Coins (die 2048 eingeführte weltweite Einheitswährung) wird allen Menschen gewährt.

[2067](#): Vor 55 Jahren veröffentlichte die nigerianische Schriftstellerin Chimamanda Ngozi Adichie ihr berühmtes Manifest: „We should all be feminists.“ Anlässlich ihres 90. Geburtstag sagt Adichie in einem Interview, dass sie ihre Version einer geschlechtergerechten Welt nun endlich als verwirklicht ansieht.

# DIGITALISIERUNG? SELBER MACHEN!

Wie gewinnen wir die **Kontrolle** über unsere Daten zurück? Die Digitalexpertin **Yvonne Hofstetter** erklärt, mit welchen **Technologien** Staaten und Firmen ihre **Macht** ausbauen – und wie wir uns wehren können.

## DIE AUSGANGSLAGE

Die Digitalisierung verwandelt unsere Welt in einen Riesenc Computer. Von allem und jedem werden Daten gesammelt – um mittels künstlicher Intelligenz Profile, Prognosen und Modelle für die Technosteuerung abzuleiten. Das Absurde an ihr: Obwohl sie so entscheidend in unser Leben eingreift, überlassen wir es bisher alleine den Technologiekonzernen, welche Gestalt digitale Angebote und Geräte annehmen. Wohl auch, weil wir nur ihren Nutzen sehen – zum Beispiel den erleichterten Zugriff auf Wissen – und die Gefahren völlig außer Acht lassen. Soziale Medien etwa werden von Extremisten dazu genutzt, transnationale Terrornetzwerke zu unterhalten oder Jugendliche für den Dschihad zu rekrutieren. Die Werbetechnologien amerikanischer Konzerne – Facebook, Twitter, Pinterest & Co. – sind gleichermaßen Nährboden für Fake News, die demokratische Wahlen verändern und die Gesellschaft spalten können. Warum ist das so? Weil Konzerne mit ihren Angeboten Geld verdienen wollen.

## DAS PROBLEM

Von den Menschen, die ihre Daten bedenkenlos preisgeben, höre ich immer wieder die standardmäßige Begründung: „Ich habe ja nichts zu verbergen.“ Aber die großen Datenstaubsauger suchen auch nicht nach Geheimnissen. GAFAM (das ist ein Akronym für die fünf großen Internetgiganten Google, Apple, Facebook, Amazon und Microsoft) wollen vielmehr verstehen, wie wir ticken, um auf unser Verhalten in der Zukunft Einfluss nehmen zu können. Die Methodik, Menschen zu gewissen Entscheidungen hinzuführen, nennt man in der Fachsprache „Nudging“. Mit den sogenannten Humandaten erzeugen künstliche Intelligenzen Lebens-, Verhaltens-, Wohn- und Gesundheitsprofile, kurzum alles, was irgendwie Aufschluss

über Sie und Ihre Dispositionen geben könnte. Und seit dem Aufkommen der Smartphones 2007 mehren sich diese Daten gewaltig. Im Cyberspace existieren inzwischen über jeden von uns, der in der digitalen Sphäre Spuren hinterlässt, Listen, die unsere Lebenswirklichkeit abbilden. Die Frage: Wollen wir, dass es einen Datenzombie von uns gibt – und dass wir keinerlei Kontrolle über ihn haben?

## EIN BEISPIEL

Die USA sind besonders weit auf dem Feld des predictive policing – der Vorhersage von Verbrechen. Damit befriedigt die künstliche Intelligenz scheinbar den menschlichen Wunsch, einen verlässlichen Blick in die Glaskugel werfen zu können. Durch die Fusion von Daten aus Polizeidatenbanken mit jenen von Facebook und Foursquare, einer Touristen-App, die Bewegungsprofile erstellt, wird eine strategische Liste von potenziellen Gefährdern abgeleitet. Interessanterweise „spuckt“ dieses Verfahren in Chicago vier Mal so viele afroamerikanische Gefährder aus wie weiße. Die genannten Personen müssen dabei noch nicht auffällig geworden sein, um trotzdem in der Liste aufzutauchen. Woher kommt dieses Ungleichgewicht? Schließlich fügt künstliche Intelligenz ja nicht eigenständig Daten hinzu, sie filtert lediglich und schärft. Doch die Technologien sind nicht neutral, weil die Daten, mit denen wir sie gefüttert haben, nicht neutral sind. Damit wirken sie strukturerhaltend und können Vorurteile festigen. Der so entstehende technologische Rassismus ist mit dem demokratischen Gleichheitsgrundsatz unvereinbar.

## DIE EUROPÄISCHE ALTERNATIVE?

Ich habe besonders oft von den USA gesprochen. Warum? Mit dem Silicon Valley als Taktgeber sind sie das Mutterland der Digitalisierung. So hochfliegend viele Pläne sein mögen, letzten Endes geht es darum, Kasse

zu machen. Das amerikanische Modell nützt uns finanziell aus. Auf der anderen Seite haben wir China, einen Staat, der mittels Digitalisierung versucht, den Souverän kleinzuhalten und sein dystopisches Bild vom „people scoring“ Realität werden lässt. Doch wo ist die europäische Antwort? Gibt es nicht einen dritten Weg, der die Digitalisierung freundlich und zum Nutzen aller gestaltet? Viele Konzepte in der KI-Forschung sind schließlich genuin europäisch. Leider waren Politik und Wirtschaft nachlässig und haben vor zirka 20 Jahren viele Dinge aus der Hand gegeben. Der Brainrain aus Europa findet noch immer statt – wir müssen ihn aufhalten.

## WAS IST ZU TUN?

Wir brauchen eine breitere gesellschaftliche Debatte, mehr Expertise auf allen Ebenen und einen viel weiteren Blick auf die Digitalisierung. Wenn Europa sicherstellen will, dass die Digitalisierung Vorteile bietet, muss es seine eigene digitale Zukunft finden und seine Werte auch digital transportieren. Denn digitale Angebote können dann zukunfts-trächtig sein, wenn sie zum Vorteil der Gesellschaft designt sind. Design – also Standards und Spezifikation – machen den Unterschied zwischen Vorteil und Nachteil. Weil wir Europäer immer noch über gute Ingenieure verfügen, haben wir eine Chance, uns von den USA, China und Russland positiv abzusetzen. Aber das muss politisch gewollt und unterstützt werden. Zudem muss Klarheit in das Verhältnis zwischen hoheitlich gesetztem Recht und Code gebracht werden. Recht macht die Menschen frei, Code implementiert eine Zwangsherrschaft. Heute können Sie entscheiden, ob Sie unangeschnallt Auto fahren und eventuell eine Strafe kassieren. Vielleicht können Sie das in 20 Jahren nicht mehr, weil das Auto nicht startet, wenn Sie nicht angeschnallt sind. Die Wahlfreiheit wäre Ihnen genommen. Wenn wir nicht aufpassen, nähern wir uns immer mehr dem Menschenbild des Silicon Valley an, das den Menschen als determinierten Datenhaufen sieht, der „enhanced“ werden muss.

## YVONNE HOFSTETTER

beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung, vor allem von Big Data und Künstlicher Intelligenz. Sie hat dazu mehrere Bücher geschrieben, „Das Ende der Demokratie“ zum Beispiel. Ihr Unternehmen Teramark Technologies ist im KI-Bereich tätig.

Landflucht, Wohnungsnot, Gentrifizierung. Die Herausforderungen an städtisches Leben sind vielfältig. Aber die größte Herausforderung ist die städtische Mobilität: Lärm, Abgase, Fahrverbote. Wir müssen umsitzen! Nehmen wir Münster als Vorbild: Während in ganz Deutschland nur 10 Prozent aller Wege mit dem Rad zurückgelegt werden, sind es in Münster schon 44 Prozent.

Bielefeld, 2017, Fahrradweg

# „MAN MUSS DIE STRATEGIE IM UMGANG MIT RECHTS VÖLLIG NEU ERFINDEN“

Der Dramaturg **Bernd Stegemann** hat ein Buch über den **Populismus** geschrieben. Ein Gespräch über die Rhetorik von Politikern, was sich diese vom **Theater** abgeschaut haben – und warum **Empörung** nichts bringt.

INTERVIEW: PHILIPP HAUNER

**Warum interessieren Sie sich als Theater-mensch für den Populismus?** Das Theater ist diejenige Kunstform, die sich seit 2.500 Jahren mit Populismus beschäftigt. Es ist kein Zufall, dass die griechische Tragödie und die attische Demokratie nahezu zeitgleich erfunden wurden. Die Rhetorik der Politiker ist ebenso wie die der tragischen Theaterfiguren ein Lehrstück über jene Macht, die durch die rhetorische Beeinflussung des Demos entsteht. Von daher hat das Theater seit seiner Geburtsstunde ein besonderes Verhältnis zu den Techniken, die man braucht, um eine große Menge von Menschen zu einem Publikum bzw. zu einem Volk zu vereinen. Und es hat bei der Erfindung zahlreicher Mittel, derer sich Populisten auch heute noch bedienen, mitgewirkt. Aber es hat sie zugleich immer wieder kritisiert oder lächerlich gemacht.

**Ein solches Mittel ist zum Beispiel die Vereinfachung von komplexen Sachverhalten.** Die These von der Vereinfachung geht tatsächlich auf die antike Tradition zurück. In der Tragödie wird ein komplizierter gesellschaftlicher Widerspruch in einen konkreten

Konflikt zwischen zwei Parteien gebracht. Das Besondere an diesem tragischen Konflikt ist, dass beide Parteien, wie etwa Kreon und Antigone, ihre Haltung so sehr zugespitzt haben, dass ein Kompromiss unmöglich wird. Am Ende ist Antigone tot, Kreon todunglücklich. Die Tragödie zeigt also die Vereinfachung und ihre Folgeerscheinungen.

**Christian Lindner wirft nach langen Verhandlungen hin, die CSU beharrt stur auf ihrer Obergrenze: Auch in der Politik findet man überall Beispiele für kompromisslose Standpunkte und die Verkürzung von Problem-lagen.** Ja, absolut. Spannend ist, dass es ganz verschiedene Arten von Populismus gibt. Im Moment ist der Rechtspopulismus am sichtbarsten. In Südamerika finden sich jedoch auch zahlreiche linkspopulistische Politiker, wie zum Beispiel Maduro oder Morales. Den Regierungsstil von Angela Merkel bezeichne ich als liberalen Populismus. Er behauptet alternativlos zu sein, da er die Kräfte des Marktes zu kennen meint. Das Praktische für die Mächtigen dabei ist: Wer es nicht schafft, ist selbst schuld.

„Der zivilisatorische Gewinn des antiken Theaters bestand ja gerade darin, sich die Interaktion von zwei verfeindeten Lagern anzuschauen und daraus für die politische Auseinandersetzung zu lernen.“

**Den rechten Populismus sehen Sie hingegen als Symptom einer in die Schieflage gekommenen liberalen Demokratie. Wieso?** Er nutzt den durch die liberalen Populisten veränderten öffentlichen Raum. Wenn immer mehr Themen nach Logiken der Alternativlosigkeit und der Vereinzelung verhandelt werden, dann bekommen auch immer mehr Menschen den Eindruck, dass ihre Stimme entwertet worden ist. Und offensichtlich ist der Unmut über den Alleinvertretungsanspruch der liberalen Populisten bei vielen Menschen so sehr gewachsen, dass sie ihre Intensität im Protest immer weiter erhöht haben. Die Eurokrise und die Migrationsbewegungen haben dabei wie Brandbeschleuniger gewirkt.

**Das Aufeinandertreffen von Verfechtern der liberalen Demokratie und Rechtspopulisten beschreiben Sie in Ihrem Buch als Tragödie, in der „beide Seiten gleichermaßen Recht haben, und darum untergehen müssen“. Wie meinen Sie das?** Damit habe ich zunächst erst einmal die Kernaussage der Tragödie beschrieben. Der zivilisatorische Gewinn des antiken Theaters bestand ja gerade darin, sich die Interaktion von zwei verfeindeten Lagern anzuschauen und daraus für die politische Auseinandersetzung zu lernen. Und nun konkret und auf heute bezogen: Im Umgang mit rechter Politik stehen vor allem die Linksliberalen in der Gefahr, dass sie es zu einer tragischen Konfrontation kommen lassen. Ihre alte Formel „kein Raum für Rechts“ war der – in der Vergangenheit oftmals erfolgreiche – Versuch, eine scharfe Grenze zu ziehen. Die verlautbarten Tabus

haben die Rechten inzwischen, vor allem auch mittels Internet und Social Media, effektiv ausgehebelt. Sie provozieren ständig Grenzverletzungen. So macht die AfD im Aufmerksamkeits-theater alle zu unfreiwilligen Mitspielern für ihre eigene Sichtbarkeit. Das ist eine konkret tragische Situation für Links, aus der es nur einen Ausweg gibt: Man muss die Strategie im Umgang mit Rechts völlig neu erfinden.

**Grenzziehungen wirken also nicht mehr, und auch Bunkermentalität hilft nicht, um den Rechtspopulisten beizukommen. Liegt dann die Lösung in der Entlarvung der falschen Versprechen der Rechtspopulisten?** Nein. Wer einer politischen Überzeugung anhängt, ist nicht dadurch umzustimmen, dass ihm seine Widersprüche vorgeführt werden. Ich glaube, dass das linke Spektrum deutlich mehr Kontur gewinnen muss. Dazu gehört vor allem, sich aus der neoliberalen Umklammerung der CDU zu lösen. Denn: Man kann eine Gesellschaft emanzipierter machen, ohne zugleich dem Neoliberalismus zuzuarbeiten. Erst wenn diese Möglichkeit offenbar wird, sind die Projekte von links für die meisten Menschen verlockender als die von rechts. Beispiele lassen sich in allen Bereichen finden: Nehmen wir die Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Sie sollte eben nicht dazu dienen, dass Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter je nach Auftragslage mal länger und mal kürzer arbeiten lassen. Sondern Teil der Arbeitnehmerrechte sein, freier über die eigene Arbeitszeit bestimmen zu können. Eine solche Veränderung interessiert sehr viel mehr Menschen als die Frage des Familiennachzugs von Flüchtlingen.

**Und wie könnte der demokratische Diskurs wieder konstruktiver gestaltet werden?** Der Abstand zwischen den offiziellen Politiker-Statements der etablierten Parteien und den Gesprächen im persönlichen Umfeld hat sich ja immer weiter vergrößert. Früher waren es die Grünen, die die Menschen mobilisiert haben. Heute kommen die Graswurzelbewegungen von der Rechten, wie z. B. Pegida oder die Gründung eines identitären Hauses in Halle. Darauf muss viel konkreter reagiert werden. Doch wo sind bitte die eigenen Zukunftsvorstellungen, die auf linker Seite dazu führen, dass Menschen jeden Montag in der Innenstadt demonstrieren? Damit meine ich natürlich nicht Gegendemonstrationen. Es irritiert mich, wenn heute die größte Motivation für linke Proteste darin besteht, gegen Rechts zu demonstrieren. **Um welche Inhalte könnte es bei der Formulierung von positiven Zukunftsbildern**

„Populismus war immer ein Teil von Demokratie. Wer vor ihm wegläuft, spielt den Rechten in die Hände. Weil sie sich dann nicht mehr im Dialog beweisen müssen und sich sehr wirkungsvoll als „Opfer“ inszenieren können.“

**gehen?** Der politische Diskurs muss viel breiter geführt werden. Wir müssen wieder größer denken und dürfen vor politischen Utopien nicht so sehr zurückschrecken. Der sachliche Ton des Tagesgeschäfts hat zu einer Entwertung aller Pläne geführt, die sich nicht gleich in eine Verwaltungsvorschrift umsetzen lassen. Ich frage mich: Wieso ist die Frage nach den Eigentumsverhältnissen heute so tabuisiert? Und: Warum wird das Kapital nicht dazu gezwungen, weniger zu akkumulieren und mehr umzuverteilen? Schließlich könnte auch über die Frage des Grundeinkommens realistisch gestritten werden.

**Somit sind wir bei der Debattenkultur angelangt. Was sollte sich hier Ihrer Meinung nach ändern?** Ich bin erklärter Gegner von Podien, bei denen die Vertreter einer politischen Richtung über die Abwesenden urteilen. Nicht nur deswegen finde ich Ausladungen von rechtsnationalen Politikern, an denen auch Theater beteiligt waren, grundfalsch. Populismus war immer ein Teil der Demokratie. Und wer vor ihm wegläuft, spielt den Rechten doch nur in die Hände. Weil sie sich dann nicht mehr im Dialog beweisen müssen und sich sehr wirkungsvoll als „Opfer“ inszenieren können. Diesen Nimbus gilt es zu zerstören. Daher sollte man sich selbstbewusster geben und in guter alter politischer Tradition die eigene Position im Konflikt schärfen. Es wäre doch interessant, wenn Katja Kipping Alice Weidel trifft, Robert Habeck Alexander Gauland und Sahra Wagenknecht Angela Merkel. Hier halte ich es wie Hegel: Wie bei jeder guten dramatischen Situation würde so das (inhaltlich) Trennende durch das Gemeinsame (ein geteiltes Forum) deutlich.

**Doch die Populisten als solche zu bezeichnen und so ihre Ideen abzuwerten ist ein starkes Bedürfnis. Was sollte man sonst tun?** Wie alle rhetorischen Keulen nutzt sich auch diese schnell ab und fällt irgendwann auf den zurück, der sie schwingt. Dieser Punkt scheint erreicht. Mein Rat wäre, weniger moralische Empörung über die anderen und mehr konkrete Konfrontation aufgrund eigener Ideen.

**Und Ihr Rat für innerparteiliche Auseinandersetzungen?** Mehr Mut zur Differenzierung! Linke Politik muss wieder stärker unterscheiden, aus welcher Quelle gewisse Aussagen getätigt werden. Wenn zum Beispiel eine betuchte Bürgerin aus Blankenese den Bau einer Flüchtlingsunterkunft verbieten will, weil dort die Rohrdommel brütet, so ist das eindeutig Rassismus. Wenn das hingegen eine offensichtlich arme Rentnerin aus Hellersdorf tut, mit der Begründung, dass dort alle Spülmaschinen hätten und sie nicht, dann speist sich das wohl eher aus einem Gefühl der Ungleichbehandlung. Wer beide Proteste mit dem selben moralischen Maßstab beurteilt, ignoriert die unterschiedlichen Herkunft und ihre Privilegien bzw. Bedürfnisse.

**Zu guter Letzt: Hat das Theater heute noch gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch?** Ich glaube, Theater hatte nur selten einen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch. Theater wollen vielmehr Teil der Aufklärung sein. Sie führen bekannte Konflikte so vor, dass man beim Zuschauen etwas über die unbekannte Seite erfährt. Die brechtsche Einsicht, dass in jedem menschlichen Widerspruch auch ein gesellschaftlicher verborgen ist, kann Theater zu einem Erkenntnis- und Unterhaltungsmoment für das Publikum machen.

## BERND STEGEMANN

war Chefdramaturg der Berliner Schaubühne, für die er noch immer als Gastdramaturg arbeitet, ebenso wie für das Berliner Ensemble. In seinen Texten und Büchern kritisiert er immer wieder scharf das Theater – aber auch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen. Zuletzt veröffentlichte er das Buch „Das Gespenst des Populismus“.



Die griechische Demokratie fußt auf den Büchern und Schriften von Sokrates, Platon und Aristoteles. Das Parthenon – der griechische Tempel – gilt als Symbol schlechthin für die Demokratien der westlichen Welt. Basis unserer heutigen Demokratie ist ebenfalls eine Schrift: das Grundgesetz. In dieses haben 91 Prozent der Deutschen großes Vertrauen. Passen wir gemeinsam darauf auf, dass sich das nicht ändert.

Kassel, 2017, documenta, „Parthenon der Bücher“ von Marta Minujin

# LEGT EUCH NICHT MIT DER NATUR AN

Was für eine Welt wollen wir unseren Kindern hinterlassen? Jakob von Uexküll, Stifter des Alternativen Nobelpreises, fordert eine radikale ökologische Modernisierung – denn klein zu denken, hilft nicht mehr.

Vor 25 Jahren schrieb der damalige US-Vizepräsident Al Gore in seinem Buch „Earth in the Balance“, die ökologische Herausforderung sei so zentral, dass jedes politische Programm, jedes Gesetz, jedes Abkommen, jeder Plan, jede Institution unter diesem Aspekt neu durchdacht und bei Bedarf verändert werden müsse. Wie wir wissen, ist nichts Vergleichbares geschehen, sodass diese Herausforderung jetzt noch viel dringender und schwieriger geworden ist. Leider ist die Kluft zwischen der derzeitigen ökologischen Modernisierungs-Politik – und auch weitergehenden „politisch realistischen“ Plänen – und dem Minimum, was nötig wäre, um unsere gemeinsame Zukunft und eine gesunde Erde zu sichern, noch immer enorm. Die Pariser Klimaziele sind meiner Meinung nach nicht nur rechtlich unverbindlich, sondern ungenügend, um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern, und beruhen außerdem teilweise auf ungeprüften Technologien. Was sind die Ecksteine einer dringend notwendigen ökologischen Modernisierung?

## 1. GELD REGIERT NICHT MEHR DIE WELT.

Noch immer wird erwartet, dass alle Vorschläge finanziell „realistisch“ und „bezahlbar“ sein müssen. Heißt das, wir können es uns nicht leisten, auf dieser Erde zu leben? Aber alles, was wir tun können, können wir natürlich auch finanzieren. Privates Geld wird nicht ausreichen, denn dieses verlangt Renditen, die die ökologische Modernisierung unter den jetzigen Rahmenbedingungen oft nicht bringen kann. Die Abwälzung (Externalisierung) vieler Produktionskosten auf Umwelt und Nachwelt hat enorme Schulden verursacht, die die meisten Unternehmen in den Bankrott treiben würden, wenn diese plötzlich bezahlt werden müssten. Überschuldete Staaten werden die ökologischen Transformationen auch nicht allein finanzieren können, sondern – wie in der Finanzkrise – nur mit Hilfe der Zentralbanken, die neues Geld sofort schaffen (drucken) können.

Was machen wir mit den enormen fossilen Reserven, die aus Klimaschutzgründen nicht verbrannt werden dürfen, aber große finanzielle

Werte darstellen, für Staaten, Investoren, Sparer, die für die Erhaltung dieser Werte kämpfen werden?

Es gibt nur eine realistische Lösung: Die Zentralbanken können und müssen diese Reserven kaufen, also vom Markt nehmen, unter der Bedingung, dass die Erlöse in die Produktion erneuerbarer Energien und anderer Projekte der ökologischen Modernisierung investiert werden. Wie dies konkret geschehen kann, hat der Chefökonom des World Future Council, Matthias Kroll, in zwei Studien detailliert beschrieben.

## 2. ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Ohne eine tiefgreifende ökologische Steuerreform wird die ökologische Modernisierung scheitern. Die kanadischen Grünen haben dazu ein umfassendes Modell entwickelt. Ökosteuern belasten schädliche und unsoziale Aktivitäten, aber die potenziellen Nettoeinnahmen werden oft überschätzt, da Steuern diese Aktivitäten reduzieren werden (und sollen). Auch die Einführung einer sogenannten Tobin-Steuer auf spekulative Finanztransaktionen würde diese – wie von James Tobin erwünscht – stark reduzieren. Die Abschaffung von Subventionen auf fossile Brennstoffe wird auch Kosten verursachen, um denen zu helfen, die von diesen Subventionen leben. Als Jordanien Benzinsubventionen strich, fielen die Einkommen der Taxifahrer um zwei Drittel.

Wir müssen wieder gemeinschaftlich denken und dafür sorgen, dass Gewinne aus gemeinschaftlichen Aktivitäten der Gemeinschaft zufließen. Zum Beispiel die Wertgewinnung von Bauland durch Erschließung des Umlands. Auch die Gewinne aus der Erschließung der „global commons“ (Ozeane, Weltall etc.) können die ökologische Modernisierung finanzieren.

## 3. ENERGIEWENDE.

100 Prozent erneuerbare Energien sind möglich und dringend nötig, erfordern aber nicht nur massive Forschungsinvestitionen, um Wissenslücken zu überwinden (z.B. Speicherkapazitäten und um eine erhöhte Konzentration der erneuerbaren Energien zu erreichen), sondern auch Aufklärung, dass Rechte auch Pflichten und Verantwortlichkeiten beinhalten.

Es gibt kein Menschenrecht auf etwas Unmögliches! Zum Beispiel ein Recht auf Energie, wenn man den Ausbau der erneuerbaren Energien blockiert.

## 4. VERKEHRSWENDE

Nach Ausbruch des zweiten Weltkriegs wurden die private Autoproduktion und der Verkehr in Großbritannien und USA innerhalb von Monaten massiv reduziert. Momentan wird die konkrete Bedrohung, die zu solchen Maßnahmen führen könnte, nicht wahrgenommen, ohne finanzielle Anreize und einen schnellen Ausbau von Alternativen. Da die Finanzierung – wie oben ausgeführt – machbar ist, fehlt nur der politische Wille. Die Idee der Bundesregierung für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr zeigt, wie zuvor der Atomausstieg, wie schnell politisch Unmögliches möglich werden kann.

## 5. REGENERATIVE STÄDTE

Der World Future Council (WFC) hat in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Konzepten entwickelt, wie aus einer „Petropolis“ eine „Ökopolis“ werden kann. Diese werden jetzt in China erprobt, zum Beispiel in Zhuhai City und Yuncheng City. In Australien hat WFC-Ratsmitglied Herbert Girardet für Adelaide über 30 Schritte zu einer nachhaltigen Stadt entwickelt und geholfen, diese umzusetzen. Bekanntlich verursacht die Zementproduktion einen bedeutenden Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Hierzu werden unter anderem in Dänemark Alternativen entwickelt. Design und Produktion müssen neu gedacht und gesetzlich verankert werden, um eine echte Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen. Das japanische Top Runner-Prinzip entfernt laufend ineffiziente Produkte vom Markt. Die Cradle to Cradle-Methodologie zeigt, wie wir ökologisch produzieren können, aber ihre Ziele müssen verbindlich werden.

## 6. AGRARWENDE

Die IAAST-Studie der UN (International Assessment of Agricultural Science and Technology) unter Leitung des Alternativen Nobelpreisträgers Dr. Hans Herren hat detailliert belegt, wie eine integrierte agro-ökologische Landwirtschaft die Menschheit ernähren kann, ohne ihre Zukunft zu gefährden.

## 7. INTERESSEN ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN SCHÜTZEN

Unsere Vorfahren hatten Institutionen, die dafür sorgten, dass die Interessen nachkommender Generationen bei der Beschlussfassung nicht ignoriert wurden. In Nordamerika gab es das Prinzip der „siebten Generation“: Die Folgen aller Beschlüsse auf die nächsten sieben Generationen mussten berücksichtigt werden. Im vorkolonialen Indien gab es entsprechende „Räte der Seher in die Zukunft“. Der WFC hilft heute solche Institutionen wieder einzurichten und zu verbreiten. Das beste Konzept entwickelte bisher Wales. Das entsprechende Gesetz verpflichtet alle Behörden in Wales, mit Unterstützung des neuen Kommissars für Zukünftige Generationen langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten und zu planen. Auf UN-Ebene hat der WFC in Rio im Jahr 2012 einen „UN Global Guardian For Future Generations“ vorgeschlagen, und arbeitet seitdem mit Unterstützung mehrerer Länder, unter anderem auch der Bundesregierung, an der Umsetzung.

## 8. SICHERHEIT

Die größte Bedrohung unserer Sicherheit ist jetzt ein ökologischer Zusammenbruch, denn Naturgesetze können nicht abgeschafft werden. Der WFC hat in einer Studie von Prof. Jürgen Scheffran auf die vielen vernetzten Gefahren hingewiesen. Wie wird zum Beispiel der Atomstaat Pakistan reagieren, wenn dort die Gletscher schmelzen und das Trinkwasser fehlt? Die ökologische Modernisierung wird auch auf militärische Kapazitäten angewiesen sein, um die enormen logistischen Herausforderungen dieses Projektes zu bewältigen, wie zum Beispiel den weltweiten rapiden Ausbau der erneuerbaren Energien. Wie der WFC in einer Studie errechnet hat, ist die tägliche Nichtnutzung dieser Energien eine enorme Verschwendung von Naturkapital.

## 9. POLITIK UND DEMOKRATIE

„Wir wissen, was zu tun ist, aber nicht, wie wir danach die nächste Wahl gewinnen.“ „Wir können den Menschen nicht vorschreiben, wie sie leben sollen“.

Was werden unsere Enkel denken, wenn sie solche Aussagen heutiger Politiker lesen? Demokratie ist nicht die Diktatur der Mehrheit, sondern beinhaltet auch den Schutz von Minderheiten, und muss heute auch den Schutz zukünftiger Generationen mit einbeziehen, die – wie nie zuvor – gefährdet sind. Das ist nicht „Öko-Diktatur“, sondern „Öko-kratie“, d.h. eine Demokratie innerhalb ökologischer Rahmenbedingungen. Sie ist die Voraussetzung für das Gelingen einer ökologischen Modernisierung.

## 10. WIR ALLE

Es geht bei der ökologischen Modernisierung nicht um Maßnahmen „von oben“ oder „von unten“, sondern um ein gemeinsames Projekt, das uns alle fordert. Ohne Zweifel werden die Modernisierer hierfür Macht brauchen und erkämpfen müssen, im Sinne von „power to“ und „power for“ (Martin Luther King) statt „power over“. Denn, wie Winston Churchill sagte: „In einer Krise reicht es nicht, unser Bestes zu tun. Wir müssen tun, was notwendig ist“. Wir sollten dabei Klartext reden. An den Straßen nach Texas stehen Schilder mit der Aufschrift „Don't mess with Texas“ („Leg Dich nicht mit Texas an!“) als Teil einer Kampagne, dort keine Abfälle zu hinterlassen. Es hieß zuerst, die Aufforderung sei zu harsch und man sollte doch „Please don't mess with Texas“ schreiben, aber die Behörden haben sich für Klartext entschieden, mit großem Erfolg: Die Abfälle in der Natur sind um 80 Prozent zurückgegangen.

## ZUM SCHLUSS

Ich bin Realist und „Possibilist“. Ich befürchte, die ökologische Modernisierung wird erst kommen, wenn die Naturgesetze uns dazu zwingen, was sie viel schwieriger und chaotischer machen wird. Die deutschen Grünen als weltweit einflussreichste ökologische Partei können aber diesen Prozess beschleunigen, wenn sie das ökologische Primat wieder stärker ins Zentrum ihrer Politik stellen. Denn es gibt heute weltweit zwei verschiedene Grundmodelle dieser Modernisierung: das Grüne und das Chinesische. Zurzeit scheint das letzte mehr Erfolg zu haben: „Der Himmel über Chinas Hauptstadt ist in letzter Zeit fast unvorstellbar klar gewesen, was wir teilweise Regierungsmaßnahmen gegen die Verwendung fossiler Brennstoffe zu verdanken haben.“ (The Guardian, 22.2.18)

### JAKOB VON UEXKÜLL

hat 2007 das World Future Council und 1980 die Right Livelihood Foundation gegründet, eine Stiftung, die jedes Jahr den Alternativen Nobelpreis verleiht. Der Journalist und Schriftsteller saß im Aufsichtsrat von Greenpeace Deutschland und für die Grünen im Europäischen Parlament. Sein neuestes Buch „Zukunft gestalten: JETZT“ ist im Oktober 2017 erschienen.

# RAUS AUS DER BLASE

Was können wir gegen die wachsende **Ungleichheit** tun? Die Soziologin **Cornelia Koppetsch** sieht den Staat in der **Pflicht** – appelliert aber auch an jeden Einzelnen, sich nicht in teuren Innenstadtvierteln und Privatschulen vor der sozialen **Wirklichkeit** zu verstecken.

Die Ungleichheit ist aus meinem Lebensumfeld fast verschwunden. Im Gegensatz zu den 90er-Jahren nehme ich in den städtischen Quartieren, wo ich mich aufhalte, kaum noch Not und Mangel wahr: immer weniger ärmliche Ladenlokale, immer weniger Menschen, denen man die Armut ansieht. Zwar sehe ich vor den Kirchen und den Supermärkten hier und da einzelne Obdachlose, doch ansonsten werden die Häuser immer schöner, die Menschen wohlhabender und der Umgangston auf der Straße kultivierter. Ich könnte meinen, es gäbe gar keine Bedürftigen mehr. Das ist aber nicht so. Ich weiß genau, dass ich in einer Blase lebe, die sich immer stärker homogenisiert hat. Mein Leben ist so eingerichtet, dass ich von einer Bobo-Enklave zur nächsten gelange. Ein Beispiel gefällig? Vom schicken innerstädtischen Stadtteil in Berlin geht es per ICE – wo sich wochentags vor allem Akademiker und Führungskräfte treffen – nach Darmstadt. Hier lehre und forsche ich an der Technischen Universität und wohne in einem Gründerzeitviertel. Und damit wären wir beim eigentlichen Problem: Die Armut ist aus dem Wahrnehmungshorizont vieler Menschen verschwunden. Vor allem die wichtigen Entscheider aus Politik und Wirtschaft kommen kaum noch mit ihr in Berührung. Warum? Die soziale Entmischung nimmt immer mehr zu. Gerade in den letzten zehn Jahren hat sich dieser Trend durch die rasant steigenden Mieten noch einmal beschleunigt – Stichwort Gentrifizierung. Wenn es so weitergeht, leben in unseren Innenstädten bald keine Krankenschwestern oder Pfleger mehr. Wollen wir das? Um eine Ahnung zu bekommen, was steigende Ungleichheit für unser aller Leben heißt, brauchen wir den Blick nur in die USA zu richten: Gated Communities, ein massiver Sicherheitsapparat und die Stigmatisierung der wachsenden Unterklasse. Von den zer-

setzenden Einflüssen, die massive Ungleichheit auf die Demokratie hat, ganz zu schweigen: Sinkende Wahlbeteiligung, steigende Kriminalität und die Herausbildung suburbaner Armen-Ghettos, aus denen sich gesellschaftliche Strukturen zurückziehen. Was also tun? Fangen wir bei den Dingen an, die ursächlich für das Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich sind: die oft zitierten atypischen Beschäftigungsverhältnisse. Sie machen mittlerweile 20 Prozent aller Arbeitsverhältnisse aus. Wer zum Beispiel über eine Zeitarbeitsfirma engagiert ist, kann sich weder organisieren, noch Arbeitskämpfe austragen. Auch die Beschäftigungssicherheit im öffentlichen Dienst wird zunehmend ausgehöhlt. Der Koalitionskompromiss, sachgrundlose Befristungen zu verhindern, ist in der Arbeitsmarktpolitik sicherlich ein richtiges Signal. Aber er könnte auch dazu führen, dass Unternehmen stärker auf Zeitarbeit setzen und sich so kontraproduktiv auswirken. Wichtig wäre auf jeden Fall eine stärkere Gewerkschaftsbindung von Berufsgruppen, die stark unterbezahlt sind – ich glaube, das muss der erste Schritt sein. Und dann natürlich die grundsätzliche Veränderung des Steuersystems: Es muss eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen stattfinden. Warum nicht über eine Erhöhung der Vermögenssteuer nachdenken? Auch Eltern brauchen viel mehr Unterstützung – das jetzige Kindergeld reicht bei weitem nicht. Von liberaler Seite heißt es noch immer, Ungleichheiten beruhten alleine auf der Fähigkeit und dem Arbeitswillen des Einzelnen. Das ist ein Zerrbild. Denn wieso besucht in Deutschland nur jedes vierte Kind aus einer Arbeiterfamilie die Universität? Bei einem akademischen Background der Familie sind es 80 Prozent. Soziale Ungleichheit wird durch Herkunftsungleichheiten erzeugt und

sozial vererbt, das zeigt sich besonders stark bei den Bildungschancen. Und auch hier verschärft sich die Tendenz. Häufig treffen Kinder aus privilegierten Schichten überhaupt nicht mehr auf Kinder aus anderen sozialen Klassen, weil die Zahl von Privatschulen steigt. Wer einem Staat gute Bildung nicht mehr zutraut, fördert somit implizit Ungleichheitstendenzen. Im Umkehrschluss heißt das aber auch: Mehr Vertrauen in den Staat sorgt tendenziell für mehr Gleichheit. Eine These, die der schwedische Mathematiker Per Molander kürzlich eindrucksvoll belegt hat – und die Hoffnung macht. Insgesamt müssen wir stärker auf Vermischung setzen. Und die kommt nicht von alleine, sondern bedarf staatlicher Interventionen wie sozialem Wohnungsbau, einer besser durchsetzbaren Mietpreisbremse und einer besseren Mischung von Schularten. Auch das Gießkannenprinzip bei staatlichen Transferleistungen muss hinterfragt werden. Und eines sollten wir nicht vergessen: Es sind Globalisierungsprozesse, die zu einer extremen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen führen und den Sozialstaat aushöhlen. Faktisch können ökonomische Prozesse heute nicht mehr im Rahmen der nationalen Volkswirtschaft und des Parteiensystems reguliert werden. Dies berührt auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Umverteilung. Denn solange die Reichen keiner identifizierbaren oder abgrenzbaren Gemeinschaft verpflichtet sind und gleichzeitig aber über beträchtliche Macht verfügen, ist ihre politische Kontrolle und Einhegung, etwa durch Besteuerung, nicht möglich. Und auf spendable Milliardäre, wie sie sich zum Beispiel im exklusiven Zirkel „The giving pledge“ zusammengefunden haben, sollten wir uns nicht verlassen – das wäre ein Rückfall in die Feudalgesellschaft. Dem Problem der sozialen Gerechtigkeit können wir also nur auf supranationaler Ebene begegnen. Damit es zu keinem „race to the bottom“ kommt, was Sozialstandards betrifft, brauchen wir mehr gemeinschaftliches Handeln in Europa – nicht das Gegenteil.

### CORNELIA KOPPETSCH

forscht an der Technischen Universität Darmstadt zu Geschlechterverhältnissen, Bildung und Lebensführung. Sie ist dort Professorin und hat vielbeachtete Bücher geschrieben: „Die Wiederkehr der Konformität“ oder „Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist“.

# „WIR DÜRFEN DEN KONFLIKT NIE SCHEUEN“

Antritt im Team, akute Herausforderungen, Herzensangelegenheiten und warum ein ehrlicher Ton in der Politik helfen kann: Ein Gespräch mit den Vorsitzenden **Annalena Baerbock** und **Robert Habeck** über die Arbeit des neuen Vorstands.

INTERVIEW: PHILIPP HAUNER

„Und das ist erst der Anfang“ – unter diesem Motto seid ihr auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) zu den neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt worden. Wie war euer erster Monat?

**Annalena:** Ein echter Aufbruch, klar! Wir haben nämlich nach unserem Antritt tatsächlich erst einmal damit begonnen, Türen aus den Angeln zu heben und Wände einzureißen. Hier in der Bundesgeschäftsstelle wollen wir Platz schaffen für die neue Abteilung „Programm und Analyse“. Dafür legen wir unsere Vorsitzendenbüros zusammen.

**Robert:** Wir wollen ein Team sein, also arbeiten wir auch als ein solches. Die Reaktionen von außen auf den Umbau haben uns teilweise echt verblüfft. Ganz oft haben wir gehört: „Wenn ihr nur ein Büro habt, wer moderiert denn dann die Konflikte zwischen euch?“

**Annalena:** (Lacht) Tja, das machen wir selbst. Im Zweifel bei Rotwein und Bier!

Nochmal zurück zur BDK. Annalena, du hast mit deiner Bewerbung gewissermaßen das ungeschriebene Gesetz der Flügellogik ausgehebelt. Für dich, Robert, wurde extra die Satzung geändert, damit du während einer Übergangszeit Amt und Mandat gleichzeitig ausüben darfst. Beide Wege zum Parteivorsitz sind besonders – schweißst das auch zusammen?

**Annalena:** Naja, ich würde es eher so formulieren: Gut war, dass es uns nicht zerlegt hat. Aber wenn man nur auf ausgetretenen Wegen geht, findet man auch nichts Neues.

**Robert:** Eigentlich waren wir beide nach den ungeschriebenen Gesetzen der Partei indirekte Konkurrenten. Nach der Flügellogik hätte ich eigentlich ein Interesse haben müssen, dass Annalena nicht gewählt wird. Und vielleicht hätte Annalena ein Interesse haben können, dass ich nicht antreten darf. Aber all solche komplizierten Verrenkungen hat die BDK wie mit einer Handbewegung weggewischt.

Welche Rolle spielt heute überhaupt noch die Aufteilung in Realos und Fundis für eure Arbeit?

**Robert:** Gar keine. Wenn wir über Dinge reden, streiten, sie aufs Gleis setzen – dann haben wir keine Schere im Kopf. Wir fragen uns nicht: „Wem könnten wir hier auf die Füße treten, wer könnte sich durch dies oder jenes nicht bedient oder verraten fühlen?“ Wir versuchen einfach, von der Sache und der Wirklichkeit her zu denken.

**Annalena:** Unsere Partei hat Flügel, und das ist auch gut so. Aber sie ist vielfältiger als ihre Flügel. Das ist eine große Stärke und kann

unser Alleinstellungsmerkmal werden! Auch wenn wir besser in die Gesellschaft hineinwirken wollen, müssen wir diese Vielfalt nutzen und dürfen sie nicht in zwei Schubladen pressen.

Bernd Ulrich, Politikchef der ZEIT, schlägt den Begriff des radikalen Realos vor – könnt ihr damit was anfangen?

**Robert:** Das bist doch du, Annalena. Radikal und staatstragend – das spielt genau in deine Karten.

**Annalena:** Ja, ich bin davon überzeugt – und daher habe ich es in meiner Bewerbungsrede so deutlich angesprochen. Wir müssen einerseits radikal sein, bei den Themen und in der Sache. Und gleichzeitig müssen wir unsere Vorhaben nicht gegen unsere Gesellschaft, sondern mit ihr gestalten. Diese Haltung – im wahrsten Sinne des Wortes „den Staat tragend“ – brauchen wir, wenn wir die großen Themen wie Klimaschutz und Mobilität anpacken wollen. Die entscheidende Frage dabei ist: Wie können wir noch mehr Menschen von unseren Ideen überzeugen? Ich glaube, was wir noch prägnanter herausarbeiten müssen ist, dass jede ökologische Krise immer auch eine soziale ist. Wenn wir beim Einen versagen, entgleitet uns automatisch auch das Andere – und vice versa.

**Robert:** Annalenas Bonmot vom Radikalen und Staatstragenden funktioniert übrigens auch anders herum. Die Rolle der Grünen ist nach fast 40 Jahren grüner Geschichte und unendlich vieler gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, die ja häufig durch uns mitausgelöst, vorangetrieben und gewonnen wurden, nicht mehr, sich außerhalb der liberalen Demokratie zu positionieren. Dieser wir-wissen-wie's-geht-aber-die-anderen-sind-alle-doof-Gedanke, der ja anfangs

„Die entscheidende Frage ist: Wie können wir noch mehr Menschen von unseren Ideen überzeugen? Was wir noch prägnanter herausarbeiten müssen ist, dass jede ökologische Krise immer auch eine soziale ist.“

ANNALENA BAERBOCK

ein bisschen da war, würde doch heute nur bedeuten, dass die letzten vier Jahrzehnte umsonst gewesen wären. Jetzt haben wir aber eine Verantwortung, die größer ist als ein enges Milieu.

**Annalena:** Wir müssen visionär sein und zugleich die Breite der Gesellschaft erreichen. Das klingt nach einem Widerspruch, aber den müssen wir meistern. Denn die größten Herausforderungen sind zu akut, als dass dafür kleine Trippelschritte reichen würden. Beispiel Klimakrise: Bis zum Jahr 2050 dürfen wir nur noch so viel CO<sub>2</sub> ausstoßen, wie die Erde aufnehmen kann. Das heißt: Raus aus der Kohle, aus Öl und Gas. Wir Grüne müssen da mit voller Kraft vorausgehen und aktiv mitgestalten. Sonst werden wir die gesellschaftlichen Herausforderungen durch den Klimawandel – Flucht, Krieg, Vertreibung – nicht mehr lösen können.

**Robert:** Nur Wandel bedeutet Sicherheit. Das gilt es zu verstehen. Ich denke, das wäre auch ein starkes Begriffspaar für die nächsten Jahre.

**Wie der Wandel aussehen und gut gestaltet werden könnte – das soll auch im Grundsatzprogramm erkennbar werden. Skizziert doch bitte mal, was das neue Programm leisten soll und wie es entstehen wird.**

**Annalena:** Grundsatzprogramm, zugegeben, klingt ein wenig technisch. Aber lassen wir uns davon nicht irritieren. Es geht darum: Wie wollen wir in den nächsten Jahrzehnten leben? Und am Anfang stehen bewusst die großen Fragen, wie es gehen kann bei Globalisierung, Digitalisierung und sozialer Spaltung. Der Weg zu den Antworten wird ein spannender, ergebnisoffener, vielseitiger und leidenschaftlicher Prozess sein, den wir mit einem Startkonvent in Berlin am 13. und 14. April anstoßen werden.

**Robert:** Es geht uns nicht darum, die Grundsätze der Partei zu hinterfragen, die sind geklärt und gut. Der erste Satz des alten Grundsatzprogramms von 2002 lautet: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit“. Ein Satz, der wie ein Ausrufezeichen in die heutige Zeit ragt. Es geht viel mehr darum, diesen Satz aus der Präambel an den Herausforde-

„Nur Wandel bedeutet Sicherheit.  
Das gilt es zu verstehen. Ich denke,  
das wäre auch ein starkes  
Begriffspaar für die nächsten Jahre.“

ROBERT HABECK

rungen unserer Zeit zu messen – den sozial-ökologischen, den digital-technischen und den außenpolitischen. Wir stehen vor ganz neuen Fragestellungen und Problemen, die man vor 15 Jahren so noch gar nicht absehen konnte.

**Annalena:** Konkret kann sich dann jeder beteiligen, gerade auch Menschen, die nicht Mitglieder bei uns sind. Ich erlebe das immer wieder bei meinen Fahrten im Regionalexpress zwischen Berlin und Potsdam, wie angeregt sich viele Menschen über Politik unterhalten: „Krass was da bei der SPD abgeht! Die Autokonzerne müssen jetzt mal nachrüsten ...“ Es gibt wieder ein enormes Bedürfnis nach politischer Debatte – und dafür müssen wir Räume schaffen. Der Grundsatzprozess soll so ein Raum werden.

**Scheint so, als sei euch das Ganze eine echte Herzensangelegenheit?**

**Robert:** Das ist es. Man spürt es doch förmlich: Die Energie für und die Sehnsucht nach Veränderung ist da. Im Privaten passiert schon so viel – aber das alles findet bei der Regierungsbildung keinen Resonanzraum. Unser Job ist es jetzt, die vielen guten einzelnen Initiativen irgendwie zu kanalisieren und zu bündeln – auf einen Nenner zu bringen.

**Annalena:** Wir sind sehr gespannt, was da kommen wird. Denn wir werden nicht nur mit Umweltverbänden reden, sondern auch zum Beispiel mit dem Betriebsrat eines Kohlekonzerns. Und wir werden die Hebamme fragen, wie sie ihren Job auf dem Dorf überhaupt

noch wuppen kann. Wir werden Fragen stellen, auf die wir auch noch keine Antworten haben. Aber das unterscheidet uns ja gerade von den Parteien der GroKo: Da werden gewisse Fragen gar nicht erst gestellt. Warum? Weil man die Antwort auch noch nicht kennt, und deshalb Angst davor hat, dass das als Schwäche gewertet wird.

**Ein Beispiel?**

**Annalena:** Die Frage: „Wie können wir in einer total globalisierten Welt Großkonzerne überhaupt regulieren?“ Wenn man das nicht anspricht, wird man irgendwann von der Realität überholt, der politische Gestaltungsraum schwindet immer mehr.

**Stichwort GroKo: Wie wird euer Umgang mit den politischen Mitbewerbern aussehen? Richtung SPD gab es in jüngster Zeit eher sanfte Töne...**

**Robert:** Das hat mit sanft nichts zu tun, sondern mit ehrlich. Ich glaube, wir sollten mit den anderen Parteien so reden, wie wir wollen, dass sie mit oder über uns reden. Einfach nur anbrüllen ist weder sympathisch noch richtig. Bezogen auf die SPD: Sie wollten nicht in die GroKo – was ich verstehe. Dass sie sich nun doch diesen Tort zugemutet haben – da kann man doch mal sagen, dass man das respektabel findet. Die Kritik wird insgesamt glaubwürdiger, wenn man auch mal loben kann.

**Annalena:** Nicht polemisch zu sein, bedeutet ja nicht, dass man nicht mit aller Härte und Leidenschaft für seine Überzeugungen kämpft! Und die braucht es auch, denn wir dürfen uns absolut nichts vormachen: Bei ganz vielen großen Zukunftsfragen geht es um viel Macht, Geld und Interessen. Da gibt es krasse Widerstände. Deswegen: Wir dürfen den Konflikt nie scheuen.

**Habt ihr Lust auf Opposition?**

**Robert:** Die Opposition haben wir nicht gesucht, und klar muss unser Ziel auf die Regierungsbeteiligung ausgerichtet sein, weil man dort mehr verändern kann. Aber jetzt ist es eben unsere Aufgabe, aus der Opposition heraus eine Kraft zu entwickeln, die größer ist als die Tagespolitik der GroKo.

**In der Presse wurdet ihr bereits als „gefeiertes Dreamteam“ wahrgenommen. Was schätzt ihr aneinander?**

**Robert:** Ich fang an, okay? Annalena hat mich durch ihre Kandidatur wahnsinnig beeindruckt. Sie hat die alten Spielregeln verlassen und im Vorfeld nicht alles mit jedem abgesprochen oder auf das Wohlwollen der verschiedensten Gremien gewartet. Das war furchtlos und mutig, ein Stunt! Und es hat bei uns viel verändert, es war wie ein Befreiungsschlag. Sie hat endlich umgesetzt, was immer gefordert wird: Mehr Mut, mehr Debatte – und das immer beeindruckend to the point.

**Annalena:** Danke! Bei Robert ist es sein unglaublicher Instinkt für den Moment und die Situation. Er macht Politik mit Haut und Haar und voll aus dem Bauch heraus. Das tut so gut und ist total erfrischend. Ich hingegen hab schon auch einen Hang zu inhaltlichen Details. Diese Kombi ist gut. Wir diskutieren tatsächlich ganz viel über Politik.

**Robert:** Und nicht etwa darüber, wer wo das erste Grußwort halten darf.

**Noch ein ganz kurzer Blick in die Zukunft: Wo soll die Partei 2020 stehen?**

**Annalena:** Da, wo die Gesellschaft sie braucht.

ANZEIGE

## Nachhaltigkeit & Geldanlage?

### Das geht!

Themen wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Natur sind uns wichtig. Aus diesem Grund bieten wir Ihnen hierzu ausgewählte Fonds mit folgenden Vorteilen an:

- ✓ kostenlose Depotführung
- ✓ keine Transaktionskosten
- ✓ keine Vermittlungsgebühr
- ✓ keine Vertragsbindung
- ✓ kostenlose Depotübertragung
- ✓ kostenloser Vermittlerwechsel
- ✓ 100% Rabatt auf den Ausgabeaufschlag

[www.gruene-fonds.info](http://www.gruene-fonds.info)

 **fondsSparmarkt**  
Ihr Online-Fonds- & Depotvermittler

# HERE COMES THE SUN

Investieren Sie jetzt  
in unsere Geldanlage  
Solarimpuls: 3,25 %  
Festzins p.a. zzgl.  
variabler Zinskomponente.

Die Solarenergie steht  
endgültig vor dem Durchbruch. Das hat einen  
doppelten Nutzen:  
Nachhaltige Zinsen  
für Sie, Klimaschutz für  
alle – durch Solarkraft in  
Europa.

Jetzt informieren:  
Matthias Bernhart,  
Leitung Direktvertrieb,  
Ökologische Geldanlagen,  
Tel: 089/890 668-347

**GREEN CITY**  
**FINANCE**

[greencity-invest.de](http://greencity-invest.de)

**Rechtlicher Hinweis:** Der Erwerb dieser Finanzanlage ist mit Risiken, insbesondere dem Totalverlustrisiko, verbunden. Ausführliche Risikohinweise entnehmen Sie bitte dem veröffentlichten Wertpapierprospekt, erhältlich unter [greencity-invest.de/solarimpuls](http://greencity-invest.de/solarimpuls).



# EUROPAGRUPPE GRÜNE

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit fundamentalen Umbrüchen:

Jan Philipp Albrecht diskutiert den umfassenden wirtschaftlichen und kulturellen Wandel durch die Digitalisierung.

Reinhard Bütikofer erläutert die tektonische Verschiebung in der Sicherheitspolitik der EU.

Nicht minder gravierend ist der derzeitige Umbruch im Mobilitätssektor, den Michael Cramer und Rebecca Harms aus verschiedenen Perspektiven betrachten.

Der französische Grüne Pascal Durand ordnet im Interview mit Ska Keller den Wandel ein, der mit Emmanuel Macron Frankreich und Europa erfasst hat.

Wir wünschen allen Leser\*innen spannende Einblicke auf den Europaseiten.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

## AUFBRUCH\_ WIR GESTALTEN DIE DIGITALISIERUNG!

von Jan Philipp Albrecht

**W**eite Teile der Politik haben es in den vergangenen Jahren verpasst, die aktive Gestaltung des digitalen Wandels unserer Gesellschaft in die Hand zu nehmen. Das rächt sich heute: Wir sind Getriebene eines immer schneller voranschreitenden technologischen Wandels, der den politischen und wirtschaftlichen Rahmen gleichsam verändert. Nach dem befreienden und befähigenden Aufbruch ins digitale Zeitalter in den 90er-Jahren und den neuen Möglichkeiten des sogenannten Web 2.0 in den 2000ern werden die großen Herausforderungen und Probleme jetzt peu à peu offenbar: unerwünschte Machtkonzentration, unzureichende Regulierung, übermächtige Player, überbordende Überwachung und ein massiver Vertrauensverlust gegenüber technischen Innovationen. Ernüchterung kehrt ein, nicht nur bei den Verlierer\*innen dieser Entwicklung. Statt der Vision eines offenen Internets für alle existieren heute zunehmend geschlossene Plattformen und Märkte in der Hand einiger weniger extrem wertvoller Unternehmen, die sich demokratischen Regeln zunehmend entziehen.

„Die Chancen des technologischen Fortschritts allen zugutekommen lassen und mit gesellschaftlichen Zielen wie der Energie- und Agrarwende in Einklang bringen.“

Es gilt daher, einen neuen Aufbruch zu wagen. Wir wollen verkrustete Strukturen und gewachsene Monopole in den wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Realitäten der digitalisierten Gegenwart aufbrechen. Zudem wollen wir in eine neue Zeit aufbrechen, in der vertrauenswürdige Standards und demokratische Regulierung endlich als Standort- und Wettbewerbsvorteil gelten und Innovation antreiben. Wir wollen einen fairen, offenen und nachhaltigen digitalen Wandel gestalten, bei dem die Chancen des technologischen Fortschritts allen zugutekommen und die wirtschaftlichen Potenziale mit gesellschaftlichen Zielen wie der Energie- und Agrarwende, der sozialen Marktwirtschaft und den Grund- und Menschenrechten in Einklang gebracht werden. Dazu werden wir zum Inkrafttreten des derzeit größten Vorhabens der Digitalisierungsgestaltung Made in Europe (und Made by Greens) – der Datenschutz-Grundverordnung – einen Kongress und einen Debattenprozess zur aktiven Gestaltung der Digitalisierung unter dem Titel „Aufbruch\_“ organisieren. Auf dieser Grundlage wollen wir Grüne zur



treibenden Kraft einer modernen und vorausschauenden Digitalpolitik und damit einer neuen Gesellschaftsordnung für das digitale Zeitalter werden.

**JAN PHILIPP ALBRECHT**  
Informationen zur Kampagne „Aufbruch\_“ finden sich auf der Website: [aufbruch.janalbrecht.eu](http://aufbruch.janalbrecht.eu).

## INTERVIEW MACRON – EU-LICHTGESTALT?

Ska Keller interviewt Pascal Durand

**Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die Debatte um die Zukunft der EU mit Elan vorangetrieben. In Deutschland gilt er deshalb vielen als europäische Lichtgestalt. Was sagen die französischen Grünen zu seinen Reformvorschlägen?** Es steht außer Frage, dass Macron Europa in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes gestellt hat. Er hat es zu einem zentralen Thema bei den letzten Präsidentschaftswahlen gemacht. Das war in Frankreich seit der Wahl von Francois Mitterrand 1981 nicht mehr der Fall. Einer der augenscheinlichen Höhepunkte war, dass Macron am Abend seines Wahlsiegs sogar die europäische Hymne „Ode an die Freude“ gespielt hat. Es ist ganz klar, dass er all diejenigen gestärkt hat, die die europäische Demokratie verteidigen. Macron hat jüngst an der Sorbonne Universität in Paris eine starke europapolitische Rede gehalten und einige der Reformen unterstützt, für die wir uns Grüne und die föderalistische Bewegung seit Jahrzehnten einsetzen. Dazu gehören institutionelle Reformen wie transnationale, EU-weite Wahllisten ebenso wie eine Stärkung der Eurozone. Macrons Worte und Erzählung über Europa sind klar. Aber wir müssen abwarten, wie sie in die Tat umgesetzt werden. Die europäische Methode ist die Konsensbildung. Entschlossenheit und Bereitschaft allein reichen nicht aus, um die sich oft widerstreitenden nationalen Interessen zusammenzubringen.

**Ist es Macron mit seinem dezidiert pro-europäischen Kurs gelungen, dem rechtspopulistischen Front National in Frankreich entgegenzuwirken?** Es ist ihm in einem Punkt gelungen. Mit seiner positiven Haltung zu Europa hat er die Beweislast für die EU umgekehrt. Die Euroskeptiker\*innen bestimmen nicht mehr die Europadebatte. Sie sind jetzt in einer defensiven Position, ein wenig wie in Großbritannien nach der Brexit-Abstimmung.

**In welche Richtung muss die engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in der EU gehen?** In eine integrative Richtung. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist das Herzstück der politischen Dynamik in Europa. Ohne sie geht es in Europa nicht voran. Aber das deutsch-französische Zusammenspiel alleine reicht nicht. Um Europa weiter zu vereinen, müssen alle enger zusammenwachsen. Wir müssen dafür sorgen, dass kein Land zurückbleibt – sei es im Norden, im Süden oder im Osten. Die eigentliche Herausforderung besteht also darin, Konvergenzen jenseits der deutsch-französischen Achse zu finden.

**Macron schlägt eine harte Gangart gegen Migrant\*innen ein. Was lässt das für Europa erwarten?** Die französische Migrationspolitik ist schockierend und besorgniserregend. Migrant\*innen werden grundlegende Menschenrechte vorenthalten – und das in einem Land, das sich selbst als Wiege der Menschenrechte sieht. Es gehört zu den wichtigsten Herausforderungen der EU, eine humanitäre, wertebasierte Flüchtlings- und Migrationspolitik voranzutreiben. Aber wenn man sieht, was derzeit in Frankreich passiert, bin ich skeptisch, dass Macron dabei eine führende Rolle spielen wird.

**Macron spricht sich für Atomenergie aus. Braucht er grüne Nachhilfe?** Frankreich hat eine Besonderheit, die im Ausland oft vergessen wird. 75 Prozent des Stroms stammt aus Atomkraft. Wir Grüne haben unter Macrons Vorgänger François Hollande eine erhebliche Verringerung der Atomkraft am Strommix erreicht. Das französische Energiewendegesetz sieht vor, dass dieser Anteil bis 2025

von 75 auf 50 Prozent sinkt. Gleichzeitig soll auch der Gesamtanteil der Elektrizität an der Energieerzeugung abnehmen. Auf Grund dieser besonderen Situation – und auch wegen der sehr starken Lobby der Atomkraft in Frankreich – kommt uns Grünen mehr denn je die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass diese Ziele eingehalten werden.

**Innenpolitisch ist Macron wegen seiner Arbeitsmarkt- und Steuerreformen umstritten. Ist er ein sozialliberaler Modernisierer oder der „Präsident der Reichen“?** In Frankreich ist das überhaupt nicht unvereinbar! Sicher ist, dass Macrons Reformen Investor\*innen und Privatleute – vor allem die Mächtigen und Reichen – steuerlich und sozial bevorzugt. Er hält an den alten ökonomischen Theorien fest und geht davon aus, dass die Förderung von Investor\*innen und Wohlhabenden später allen zugutekommen wird. Wenn das so bleibt, ist die Gefahr groß, dass Ungleichheiten zunehmen und soziale Bindungen immer mehr ausgehöhlt werden. Das befeuert populistische Auseinandersetzungen und eine radikale Opposition.



**PASCAL DURAND**  
ist Mitgründer der französischen Grünen Europe Écologie und Europaabgeordneter.

### LOBBY-TRANSPARENZ

Das EU-Parlament hat auf unsere Initiative hin für mehr Lobby-Transparenz von MdEPs gestimmt. EU-Kommissare sollen neue (Lobby-)Jobs anschließend an ihr Amt von einem unabhängigen Ethikausschuss überprüfen lassen. Bis zur Europawahl machen wir Druck, damit diese Forderungen umgesetzt werden.

**Sven Giegold**  
[www.sven-giegold.de](http://www.sven-giegold.de)

### ACKERGIFT? NEIN DANKE!

Über 100.000 Tonnen Pestizide werden jährlich auf Deutschlands Äckern und damit auf unser Essen gespritzt. Sie gelten als augenscheinlich unverzichtbar, um die Welt zu ernähren. Wir sagen: Runter vom Acker – Innovation geht anders!

**Martin Häusling**  
[www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu)

### BAUERNHÖFE STATT BRIEFKASTENFIRMEN

Für die nächste Agrarreform überlegt die EU-Kommission, Subventionen an Großbetriebe zu kappen und an kleine Betriebe umzuverteilen. Gute Idee! Aber: Das darf nicht durch Briefkastenfirmen umgangen werden.

**Maria Heubuch**  
[www.maria-heubuch.eu](http://www.maria-heubuch.eu)

### WAFFENEMBARGO GEGEN SAUDI-ARABIEN

Es ist ein Skandal, dass EU-Mitgliedstaaten, auch Deutschland, den Krieg im Jemen durch Waffenexporte an Saudi-Arabien weiterhin unterstützen. Das EU-Parlament hat mit großer Mehrheit erneut ein europäisches Waffenembargo gefordert.

**Barbara Lochbihler**  
[www.barbara-lochbihler.de](http://www.barbara-lochbihler.de)



## SICHERHEITSPOLITIK DIE ZIVILMACHT EU RÜSTET AUF

von Reinhard Bütikofer

Von der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet, arbeitet die EU derzeit an einer grundlegenden Neuorientierung ihrer Sicherheitspolitik. Die Brexit-Entscheidung hat die Entwicklungen beschleunigt. Zu den Neuerungen gehört, dass die EU künftig Geld aus ihrem Budget für Rüstung ausgeben will. Wir Grüne halten die Finanzpläne der EU-Kommission nicht nur für falsch, sondern für einen Bruch des europäischen Rechts.

Wohlgemerkt: Infrage steht nicht, dass Europa mehr für die gemeinsame Sicherheit tun muss. Es wäre wichtig und sehr willkommen, wenn die Länder im Militärbereich besser zusammenarbeiten und so effizienter würden. Wo die USA 30 Waffensysteme haben, haben wir Europäer\*innen derzeit 173. Bei uns gibt mehr Produzenten von Militärhubschraubern als Regierungen, die diese kaufen können. Bis zu 100 Milliarden Euro, schätzt die EU-Kommission, ließen sich durch mehr Kooperation sparen.

Eine bessere Zusammenarbeit erreicht die EU aber nicht dadurch, dass sie von ihrem knappen Budget Geld für Rüstungssubventionen abzwackt. Die EU-Kommission argumentiert, finanzielle Anreize seien nötig, damit die Konzerne grenzüberschreitend neue Technologien entwickeln. Aber der Rüstungsbranche mangelt es nicht an Geld. Sie ist im Gegenteil verschwenderisch, intransparent und lebt von oligopolistischen Praktiken.

Zusammenarbeit entsteht, wo der politische Wille auf höchster Ebene da ist und wo geeignete regulatorische Rahmenbedingungen herrschen. Wir Grüne haben bei der Abstimmung im EU-Industrieausschuss einen Gegenvorschlag vorgelegt, der auf EU-Subventionen verzichtet. Christ- und Sozialdemokrat\*innen sowie Liberale lehnten ihn ab. Nun stehen Verhandlungen mit EU-Kommission und Ministerrat an.



**REINHARD BÜTIKOFER**

Wir Grüne wollen eine juristische Prüfung, ob EU-Steuer Gelder tatsächlich militärisch eingesetzt werden dürfen.



Europagruppe GRÜNE/Europäisches Parlament  
[www.gruene-europa.de](http://www.gruene-europa.de)  
[info@gruene-europa.de](mailto:info@gruene-europa.de)  
 twitter: @gruene\_europa  
[facebook.com/europagruene](https://facebook.com/europagruene)

Verantwortlicher Europaseiten: Aldo Caruso

## ELEKTROMOBILITÄT VIEL MEHR ALS ELEKTRO- AUTOS

von Michael Cramer

Elektromobilität ist als Mobilität der Zukunft in aller Munde. Dabei ist sie eigentlich keine Innovation. Denn die erste elektrische Straßenbahn wurde bereits 1881 in Betrieb genommen. Und schon 1906 wurde beschlossen, das gesamte deutsche Schienennetz zu elektrifizieren, was bis heute nur zu 60 Prozent erreicht wurde. Zwar ist das Elektroauto beim Fahren emissionsfrei, doch bei der Umweltbilanz muss die gesamte Kette von der Produktion über die Nutzung bis hin zum Verschrotten und Recyceln berücksichtigt werden. Hinzu kommt: Statistisch wird ein Auto durchschnittlich nur eine Stunde am Tag bewegt. Ganz anders sieht es bei einem 18-Meter-Bus aus, der täglich viele Stunden unterwegs ist. Jedes Jahr verbrennt er 40.000 Liter Diesel und stößt mehr als 100 Tonnen CO<sub>2</sub> aus. Hier würde ein elektrischer Antrieb spürbar zur Luftverbesserung beitragen.

Wo es ökologisch und verkehrspolitisch sinnvoll ist, muss die Elektromobilität auch finanziell unterstützt werden – allerdings nicht nach dem Gießkannenprinzip. Eine Unterstützung bei Bussen, Carsharing, Taxen und Lastenrädern wäre sinnvoll. Bisher wird das in Europa verschlafen. Bei Transporten auf den letzten Kilometern können E-Lastenräder viel bewirken und den städtischen Raum von Abgasen, Lärm und Verkehr entlasten. So haben sogar die EU-Verkehrsminister\*innen einstimmig betont: Mehr als 50 Prozent der Transporte in den Städten der EU können auf Lastenräder verlagert werden. Zugleich ist es entscheidend, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr zu bieten und ihn mit Leihrradsystemen zu verknüpfen. So wird der Umstieg vom Auto insbesondere in den Städten erleichtert, weil dort 90 Prozent aller Autofahrten kürzer als sechs Kilometer sind.



**MICHAEL CRAMER**

Weitere Informationen zum Thema gibt es auf meiner Homepage [www.michael-cramer.eu](http://www.michael-cramer.eu).

### AUSBEUTUNG STOPPEN

Zu oft sind entsandte Arbeitnehmer\*innen von systematischer Ausbeutung betroffen. Im EU-Parlament habe ich für unsere Fraktion deutliche Verbesserungen verhandeln können. Nun geht es darum, diese Schritte hin zu einem sozialeren Europa auch im Ministerrat durchzusetzen.

Terry Reintke  
[www.terryreintke.eu](http://www.terryreintke.eu)

### SMART UND FAIR REGULIEREN

Wir streiten für eine Urheberrechtsreform, die durch verpflichtende Lizenzierung von Inhalten eine faire Bezahlung der Journalist\*innen, Autor\*innen und Künstler\*innen ermöglicht. So wäre auch der Einsatz von umstrittener Filtertechnologie überflüssig.

Helga Trüpel  
[www.helgatruempel.de](http://www.helgatruempel.de)

## MOBILITÄT DIE MOBILITÄTSWENDE GESTALTEN

von Rebecca Harms

Klimawandel und schlechte Luft in den Städten fordern neues Denken in der Automobilindustrie. Der Abgasskandal, der Erfolg von Tesla und wohl noch mehr die Quote für Elektroautos in China bringen Schub für die Elektromobilität. Gleichzeitig übernehmen in den Fabriken zunehmend Roboter die Arbeiten der Menschen. Digitalisierung und Automatisierung beschleunigen Arbeitsabläufe und sparen Kosten.

Neue Technologien werden traditionelle Verkehrspolitik und Raumplanung, die bisherigen Industrie- und Beschäftigungsstrukturen und unser alltägliches Leben verändern. Wenn sie gut überleben will, muss die Automobilindustrie ihre Produkte, ihre Geschäftsmodelle und Herstellungsmethoden vollständig umkrempeln. Die Beschäftigungszahlen in der Fahrzeugproduktion und bei den Zulieferern werden zurückgehen.

Die EU darf dieser wachsenden Dynamik nicht hinterherlaufen. Sie muss den technologischen Wandel in der Mobilität lenken. Der Prozess hin zu einer stärker vernetzten, geteilten, digitalisierten und umweltschonenden Mobilität muss von gemeinsamen und weitsichtigen Ent-

scheidungen getragen werden, damit die Risiken minimiert und die Chancen für weniger Emissionen, weniger Lärm, weniger Stau, weniger Flächenverbrauch, geringere Fahrtkosten und mehr Sicherheit im Verkehr gehoben werden.

Wenn der Umbau der Automobilindustrie zum Wohle vieler in der EU gelingen soll, dann ist es wichtig, dass die Zukunft der Arbeit mitgedacht wird. Wir wollen mit einer ersten Studie, die die verschiedenen Herausforderungen der Mobilitätswende für die EU ausmacht, eine gemeinsame strategische Debatte anstoßen. In einem Workshop in Brüssel im kommenden Frühsommer wollen wir Handlungsfelder identifizieren, entscheidende Akteure zusammenbringen und Allianzen für den Umgang mit den anstehenden Herausforderungen schmieden. Wir Grüne müssen natürlich den Klimaschutz vorantreiben. Dafür sind die aktuellen Verhandlungen zur CO<sub>2</sub>-Regulierung von Autos, die ich für die grüne Fraktion verfolge, ein Baustein. Wir müssen aber auch die Frage nach der Zukunft der Arbeit ernst nehmen.



**REBECCA HARMS**

berät und verhandelt seit 2004 EU-Gesetzgebung zu Klima und Autoindustrie und war Mitglied im EU-Untersuchungsausschuss zum Abgasskandal.

**DANK DER PRIVATEN  
KANN ICH ALLE  
GUT BEHANDELN.**

GEMEINSAM MIT  
**PHYSIOTHERAPEUTIN MONIKA**  
MACHEN WIR UNSER  
GESUNDHEITSSYSTEM  
ZU EINEM DER BESTEN  
DER WELT.

**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**

[www.pkv.de/monika](http://www.pkv.de/monika)

## VIER FÜR UNS

Wofür setzen sie sich besonderes ein und welche Aufgabe macht ihnen Freude? Hier stellen sich die vier Vorstandsmitglieder vor, die uns zusammen mit Annalena Baerbock und Robert Habeck die nächsten zwei Jahre nach innen und außen vertreten.



**GESINE AGENA**  
Stellvertretende Vorsitzende und  
Frauenpolitische Sprecherin

„Ich freue mich auf die Arbeit im neuen Bundesvorstand. In Zeiten von erstarkenden neuen Rechten und alltäglichem Sexismus ist es mir besonders wichtig, dass wir Grüne weiterhin vehement und glaubwürdig für Feminismus, Queerpolitik, gleiche Rechte und gegen Rassismus eintreten. Daran möchte ich in den nächsten zwei Jahren weiter arbeiten.“



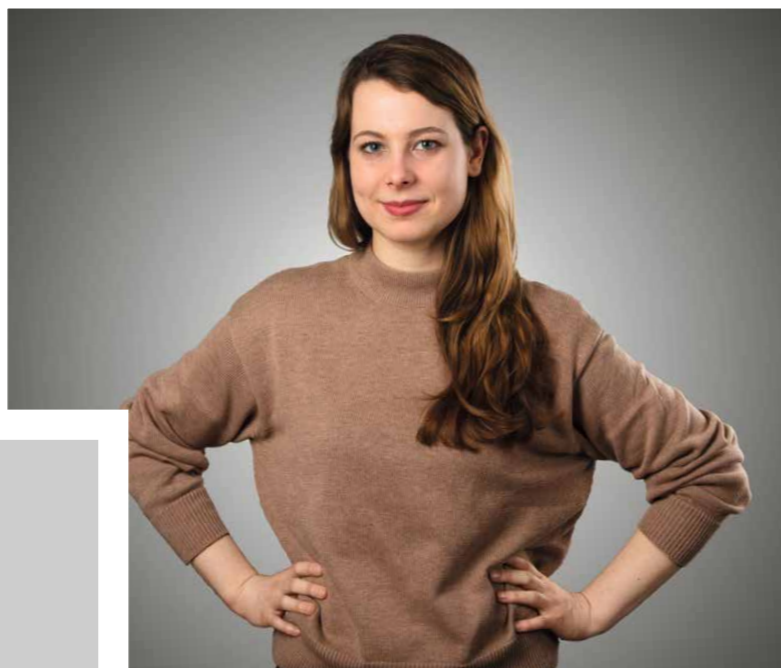
**MICHAEL KELLNER**  
Politischer  
Bundesgeschäftsführer

„Mich begeistern lebendige Debatten und der Geist der Zusammenarbeit. Ich möchte, dass wir den Laden gemeinsam voranbringen: Als Grüne wollen wir miteinander die Geschichte erzählen, dass eine gesellschaftliche Veränderung zum Besseren möglich ist.“



**BENEDIKT MAYER**  
Bundesschatzmeister

„Korrektheit und Transparenz der Parteifinanzen sind eine ständige Aufgabe. Die Arbeit daran ist nie langweilig, immer wieder sogar richtig spannend. Denn wir Grüne gehen mit unserer Praxis auch über die gesetzlichen Transparenz-Gebote hinaus und hoffen damit, Maßstäbe zu setzen. Leider ist nie genug Geld da, um alle Pläne zu verwirklichen, die unsere aktive Partei so schmiedet. Aber meist gelingt es, dennoch alle bei Laune zu halten.“



**JAMILA SCHÄFER**  
Stellvertretende Vorsitzende und  
Europäische und Internationale Koordinatorin

„Ganz besonders freue ich mich darauf, mit euch gemeinsam eine tolle europäische Kampagne zur Europawahl 2019 auf die Beine zu stellen und möchte mich außerdem für eine bessere Einbindung unserer jüngeren Parteimitglieder stark machen und grüne Strukturen im ländlichen Raum unterstützen.“

Fotos: gruene.de, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Erik Marquardt, Andrea Kroth

Wir geben uns ein neues Grundsatzprogramm –  
und das muss erstmal wachsen!  
Im April wollen wir es säen und es in zwei Jahren in voller Blüte sehen.  
Damit es Früchte tragen kann.

### DER ANLASS

Im Jahr 2020 wird unsere Partei 40 Jahre alt. Das Grundsatzprogramm ist zu diesem Zeitpunkt 18 Jahre alt. In dieser Zeit ist viel geschehen, die Welt hat sich weiter gedreht. Neue Technologien sind entstanden, neue Fragen stellen sich. Darauf wollen wir grüne Antworten geben. Deshalb haben wir beschlossen, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten.

### DER WEG

Wir wollen die Partei in ihrer Breite und Unterschiedlichkeit einbinden. Dafür stellen wir Veranstaltungsformate zur Verfügung. Mit Onlineinstrumenten wie Diskussionsforen und dem grünen Monitor als Mitgliederbefragung ermöglichen wir die direkte Beteiligung der Parteimitglieder – darunter auch vieler Mitglieder, die sich in den bisherigen Strukturen nicht einbringen. Mit dem Mitgliederbegehren bieten wir allen eine neue Möglichkeit, sich in die Diskussion einzuschalten. Eine Beteiligungsordnung regelt die Verfahren und Abläufe. Wir schauen auch nach außen und holen uns Input aus der Gesellschaft. Auf unseren Veranstaltungen binden wir nicht-grüne Expertinnen und Experten ein, tauschen uns mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft aus, fragen Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Meinung.

### STARTKONVENT

Unter dem Motto „Neue Zeiten. Neue Antworten“ findet am 13. und 14. April in Berlin unser Startkonvent zum Grundsatzprogrammprozess statt. Gemeinsam entwerfen wir eine nachhaltige Politik der Zukunft und wollen Lösungen für die drängendsten Probleme unserer Zeit entwickeln. In diesen zwei Tagen schärfen wir unseren Blick auf die Zukunft mit klugen Blicken von außen und mit grünen Impulsen. Außerdem bieten wir Raum für Diskussion in verschiedenen Workshops.

### DIE THEMEN

- **Der Mensch in der vom Menschen gemachten Umwelt:** Neue Fragen der Ökologie
- **Der Mensch als Kapital oder das Kapital für die Menschen:** Neue Fragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik
- **Der Mensch und die Maschine oder der Mensch als Maschine:** Neue Fragen in der Digitalisierung
- **Der Mensch und das Leben:** Neue Fragen in der Wissensgesellschaft und Bioethik
- **Der Mensch in einer Welt in Unordnung:** Neue Fragen für Europa, die Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik
- **Der Mensch und der Mensch und der Mensch:** Neue Fragen einer vielfältigen Gesellschaft

### Der Weg im Überblick

13./14. April 2018  
Startkonvent

Herbst 2018  
Arbeitsbeginn  
Schreibgruppe

Frühjahr 2019  
Vorlage  
erster Entwurf

Sommer 2019  
Überarbeitung  
des Entwurfs

Herbst 2019  
Vorstellung des  
Entwurfs des  
Bundesvorstands

Frühjahr 2020  
BDK-Beschluss  
des Grundsatz-  
programmes

Diskussions-  
phase 1  
Diskussionsforen  
in den Ländern,  
Online-Beteili-  
gung, Mitglieder-  
befragung.

Diskussions-  
phase 2  
Bundes- und  
Länderebene,  
Mitglieder-  
befragung und  
Mitglieder-  
begehren

Reguläres  
Änderungsantrags-  
verfahren

### DIE DISKUSSIONSPHASE I

#### WANN?

2018 werden die Zukunftsfragen in der Partei diskutiert.

#### WER?

Wir zusammen mit Externen: Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und Verbände, Expertinnen und Experten in den Themenbereichen. Wir gehen auf Menschen zu, die uns noch nicht nahe stehen.

#### DIE GRUNDLAGE

Impulspapiere aus dem Bundesvorstand, aus dem Parteirat, aus der Partei – von euch.

#### WIE?

Wir greifen die Impulse und Fragen in Diskussionsforen im ganzen Land auf. Mitgliederbefragungen und die Möglichkeit zu Mitgliederbegehren runden den Prozess ab.

### DER ERSTE ENTWURF

Im Herbst 2018 nimmt die Schreibgruppe ihre Arbeit auf und legt bis Frühjahr 2019 einen ersten Entwurf vor.

### DIE DISKUSSIONSPHASE II

#### WANN?

Zwischen Frühjahr und Herbst 2019 wird der erste Entwurf diskutiert.

#### WIE?

In der Breite der Partei setzen wir uns mit dem vorliegenden Entwurf auseinander und holen uns Rückmeldungen aus der Gesellschaft und natürlich auch bei unseren Mitgliedern. Auf Grundlage dieser Rückmeldungen überarbeitet der Bundesvorstand den Entwurf der Schreibgruppe im Spätsommer und Herbst 2019.

### DER FINALE ENTWURF

Im Herbst 2019 stellt der Bundesvorstand seinen Entwurf als Antrag zur BDK im ersten Quartal 2020 vor, zu dem im gewohnten Verfahren Änderungsanträge gestellt werden können.

#### DAS ZIEL

Auf einer BDK im ersten Quartal 2020 wird das Grundsatzprogramm beschlossen.



**FREUT EUCH!**

Langeweile, so etwas dürfte David Byrne nicht kennen. Kürzlich hat er eine Fernsehserie entwickelt und vor ein paar Jahren Fahrradständer, die aussehen wie eine Gitarre oder eine Kaffeetasse. 2011 war er Juror beim Filmfestival in Venedig, er schreibt eine Kolumne in der New York Times und komponiert Soundtracks. Er fotografiert, publiziert, fördert, produziert. Abgesehen davon macht er Musik. Bekannt wurde er in den Achtzigern als Sänger der „Talking Heads“, seit 1991 tourt er alleine um die Welt. David Byrne ist aber auch Sammler. Dabei konzentriert er sich jedoch weder auf Kunst, Oldtimer oder Briefmarken. Sondern auf positive Nachrichten.

„Ich probiere mit aller Macht, mich selbst davon zu überzeugen, dass die Welt gar nicht so finster ist, wie es zurzeit den Anschein hat,“ sagte der Musiker kürzlich in einem Interview. Morgens aufstehen, Zeitung lesen – und dann den halben Tag lang deprimiert sein wegen all des Wahnsinns auf dieser Welt: Das konnte er irgendwann nicht mehr aushalten. Also begann er, explizit

positive Geschichten zu suchen. Das Sammeln von Schönerem und Hoffnungsvollem sei dabei fast so was wie eine Therapie. Eine der guten Nachrichten kommt etwa aus Vancouver. In der kanadischen Metropole gibt es seit 2003 Räume, in denen Drogenabhängige saubere Nadeln finden und medizinische Hilfe bekommen. Die Zahl der Drogentoten ging in den ersten beiden Jahren nach Eröffnung der Räume bereits um 35 Prozent zurück. David Byrne schreibt auf seiner Webseite [reasonstobecheerful.world](http://reasonstobecheerful.world) aber auch über das Konzept der Mietfahrräder in Paris oder Bogotá, über Windparks in der Nordsee und wie sich Menschen politisch engagieren, die sich das noch vor wenigen Monaten nie hätten vorstellen können.

Der Musiker **David Byrne** sammelt auf der Internetseite [www.reasonstobecheerful.world](http://www.reasonstobecheerful.world) gute Nachrichten, weil er all die schlechten nicht mehr aushält.

Der 65-Jährige hat sich bestimmte Regeln für seine „Gründe, um frohgemut zu sein“ ausgedacht. Die Beispiele aus Bereichen wie Wissenschaft, Bildung oder Gesundheit dürfen nicht nur für einen bestimmten Kulturkreis gelten und sollten etwas sein, das jederzeit und überall kopiert werden kann. Noch ist die Seite jung, aber David Byrne will weiterhin Stimmungsmacher in Form von Texten, Tonbeiträgen und Bildern kommen dürfen.

Doch ist es nicht etwas naiv, sich von seinem bequemen und sicheren Nest aus mehr Leichtigkeit dadurch zu verschaffen, dass man sich nur dem Guten widmet? Weil man das Schlechte nicht mehr ertragen kann? Wer sich für einen Moment in die Oase begibt, die David Byrne für sich und andere schafft, guckt aber nicht weg. Sondern einfach mal auf das Positive, das genauso seinen Platz haben sollte. Wer weiß: Im besten Fall sorgen die frohen Botschaften gar für Nachahmer. Und das wäre in der Tat mal eine gute Nachricht.

Text: Julia Rothhaas Illustration: Tina Berning

## Termine

### 13.-14. April: Startkonvent zum Grundsatzprogramm, Berlin

Unter dem Motto „Neue Zeiten. Neue Antworten.“ entwerfen wir zusammen mit euch eine nachhaltige Politik der Zukunft und wollen Lösungen für die drängendsten Probleme unserer Zeit entwickeln.

Los geht's am Freitagnachmittag mit klugem Input von außen und spannenden Diskussionen. Am Samstag könnt ihr an Workshops zu unterschiedlichen Zukunftsthemen teilnehmen. Seid dabei und diskutiert mit uns!

Infos & Anmeldung unter: [www.gruene.de/startkonvent](http://www.gruene.de/startkonvent)

### 14.-16. Mai: 25 Jahre Zusammenschluss BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN

Am 14. Mai 1993 schlossen sich Bürgerrechtler, Umwelt- und Friedensbewegte und Frauenpolitikerinnen aus Ost und West zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen. In den letzten 25 Jahren haben wir einiges bewegt, ein Grund zur Freude! Also, auf die nächsten 25 Jahre. Wir kämpfen weiter für echten Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und ein weltoffenes Europa.

### Unterstütze das Grundsatzprogramm!

Wir Grünen geben uns ein neues Grundsatzprogramm. Dafür brauchen wir dich: Deine Ideen, dein Engagement – und deine Spende! Der Startkonvent am 13. und 14. April ist erst der Anfang von einem spannenden Prozess. Damit sich alle Mitglieder beteiligen können, brauchen wir Geld, um die nötigen Räume dafür zu schaffen: Für Workshops und Fachforen genauso wie für eine digitale, moderierte Programmplattform. Bitte unterstütze uns und überweise deine Spende an IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00, Stichwort „Spende Programm“ oder spende online [www.gruene.de/spende-programm](http://www.gruene.de/spende-programm)



## Erklärung zur Datenschutz- Informationspflicht

**Datenschutz** ist für uns ein wichtiges Thema. Wir verarbeiten eure Daten deshalb ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen.

**Speicherung** Zur Information über parteirelevante Aktivitäten und für satzungsgemäße Zwecke speichern wir eure Namen, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geburtsdatum, Mitgliedsdaten und Bankdaten. Die Speicherung der Daten ist zur Erfüllung unserer Aufgaben im Rahmen der Mitgliedschaft bzw. dem bekundeten Interesse an der Partei erforderlich. Die Gebietsverbände der Partei haben Zugriff auf die Daten der jeweiligen Mitglieder. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt. Nach Beendigung der Mitgliedschaft werden eure Mitgliedsdaten gelöscht, sofern der Löschung nicht eine gesetzliche Aufbewahrungsfrist entgegensteht.

**Rechte** Euch stehen die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Datenübertragbarkeit, Widerruf und Widerspruch zu. Wenn ihr glaubt, dass die Verarbeitung eurer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder datenschutzrechtlichen Ansprüche verletzt worden sind, könnt ihr euch bei dem oder der zuständigen Beauftragten für Datenschutz beschweren.

Ihr erreicht uns unter: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Platz vor dem Neuen Tor 1 10115 Berlin [info@gruene.de](mailto:info@gruene.de) Tel.: 030/28442-0

Unseren Datenschutzbeauftragten erreicht ihr unter: **SCO-CON:SULT GmbH** Hauptstraße 27 53604 Bad Honnef [datenschutz@gruene.de](mailto:datenschutz@gruene.de) Tel.: 02224/988290

## Impressum

**Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift** Nr. 5, ISSN 2509-3193 Postvertriebszeichen: A 02908

**Herausgeber:** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Michael Kellner Politischer Bundesgeschäftsführer V.i.S.d.P.: Jana Abresch

**Redaktion, Gestaltung, Produktion:** Anzinger und Rasp, München Redaktion: Julia Decker (Leitung), Philipp Hauner Gestaltung: Miriam Bröckel

**Kontakt Redaktion:** E-Mail: [magazin@gruene.de](mailto:magazin@gruene.de) Redaktion: Das Magazin der Grünen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Triftstraße 13, 80538 München

**Anzeigenverwaltung:** Runze & Casper Werbeagentur GmbH Ruth Hansmann Linienstraße 214, 10119 Berlin Tel.: 030/28 01 80-145 E-Mail: [verlagsservice@runze-casper.de](mailto:verlagsservice@runze-casper.de)

**Druck:** 61.000 Exemplare Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Kassel, auf 100% Recyclingpapier. Den Auflagen von Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen liegen Zeitungen der Landesverbände oder Landtagsfraktionen sowie das Werbemittel der UDI Beratungs GmbH bei.

**Jahresabonnement:** Vier Ausgaben: 11,90 Euro Bestellung schriftlich an: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abo/Magazin Platz vor dem Neuen Tor 1 10115 Berlin Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 30. Juni 2018



Lernen Sie die taz neu kennen: täglich mit der taz-App und am Samstag mit der gedruckten taz am Wochenende.

10 Wochen taz für 10 Euro.  
[taz.de/10wochen](https://taz.de/10wochen)

## Print-à-porter

Unabhängiger taz-Journalismus.  
 Getragen von Vielen.

TAZ VERLAGS- UND VERTRIEBS GMBH  
 BERLIN, RUDI-DUTSCHKE-STRASSE 23  
 AB SOMMER 2018: BERLIN, FRIEDRICHSTRASSE 21